

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zug.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 8. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27, I. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz-Redaktionsklub, Sonnabend.

Insertion.

Für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verzeichnisse 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Zur gefl. Beachtung.

Alle den **Verband betreffenden Angelegenheiten** (Mitteilungen über Differenzen, Lohnbewegungen, Sperren und Streiks, sowie Adressenänderungen usw.) sind zu richten an **Otto Sillier**.

Alle **Kassenangelegenheiten** an **Wih. Brall**.

Alle den **Senefelder-Bund in Liquidation betreffenden Fragen** an **Paul Lange**.

Adresse für die drei Genannten: Berlin N. 28, Anklamerstr. 27 I.

Alle für den **Ausschuß** bestimmten **Beschwerden** und sonstigen **Zuschriften** sind zu adressieren an **Richard Hütkmann, Dresden, Rabenauerstr. 25**.

Alle **Artikel**, Korrespondenzen, Versammlungs-Berichte, Tauschexemplare sind einzusenden an die **Redaktion**:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriast. 8.

Alle **Annoncen**, Aenderungen und Reklamationen über die Zustellung der Graphischen Presse nimmt entgegen die **Expedition**:

Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig, Augustastr.

Alle **Beschwerden** über Redaktion und Inhalt der Graphischen Presse sind stets unter näherer Begründung zu überweisen an die **Präskommission**, z. H. **Artur Haring, L.-Anger, Robbachtstr. 3 III** Der Hauptvorstand.

Ferienbewilligungen.

Wetzlar. Die Firma L. Scharfes Druckerei bewilligte ihrem gesamten Personal (Buchdruckern, Buchbindern, Lithographen und Steindruckern je 3 Tage Ferien.

Gesperrt.

Stellungnahme in allen folgenden

Firmen zieht den **Verlust der Mitgliedschaft** nach sich.

Für Lithographen und Steindrucker:

Berlin. Der gegnerische Arbeitnachwels bei S. Herrmann. Angerer (für Kupferdrucker).

Eltville. Fischer & Co.

Köln a. Rh. Witte & Co.

Kötzschenbroda bei Dresden. Robert Mittelbach, Kunstanstalt Globus (für alle Berufsgruppen).

Langenhagen b. Hannover. Norddeutsche Tapetenfabrik, Inh. Hölscher & Breimer (für Tapetendrucker).

Lichtenberg (Oberfranken).

Für Chemigraphen:

Berlin.

Chemnitz. A. Jällich; Köhler & Richter.

Dresden. Mittelbach; C. Schemmel; Stengel & Co.; Mejo & Markert.

Leipzig. Mejo & Springer; C. Wittstock.

Stuttgart. Oebr. Rößle; Aug. Krämer.

im Ausland:

Belgien. Firma La Lithographie Artistique, Deseclée De Brouver Cie, Brügge.

Dänemark. Alfred Jakobsen-Kopenhagen-Büllowvej (Kupferdr. u. Chem.).

Holland. Krommels: Verwers Metaal-drukkery (Lithogr. und Steindr.).

Oesterreich. Vorarlberg.

Lemberg. Krakau. Firma Zorza. **Guntramsdorf bei Wien.** Wegen Tarifbewegung für Formstecher gesperrt. **Prag-Lieben.** M. Grab Söhne, Wachs-tuch- und Linoleumdruckerei.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Der heutige Stand der Reichsfinanzreform. Rundschau. Generalversammlungen und Kongresse. Zur Reich-versicherungsordnung, V. Die Neugestaltung unserer handelspolitischen Beziehungen. Briefkasten. — **Allgemeines:** Amerikanischer Zollprotektionismus. Gefängnis für zu Unrecht bezogene Verbandsgelder. Die Gewerkschaften der graphischen Arbeiter in Großbritannien. Ortsberichte: Apolda, Berlin, Burg-schäft. — **Der Lithograph:** Die Kartographie. — **Der Steindrucker:** Eine Musteranstalt. — **Die photomech. Fächer:** Der Mann mit dem warmen Herzen. — **Die Tapetenbranche:** O schöne Zeit! Aus den Sektionen: Bramsche. — **Feuilleton:** Die Entwicklung der europäischen Gesellschaft, III (Schluß). Moderne Buchkunst, I. Eingänge. — **Anzeigen.**

Der heutige Stand der Reichsfinanzreform.

Ende vorigen Jahres war die Reichsfinanzreformvorlage, die nichts geringeres als die Mehrbelastung des deutschen Volkes um 500 Millionen Mark neuer Steuern verlangte, nach einer sieben-tägigen Generaldebatte im Reichstage an eine Kommission von 28 Mitgliedern verabschiedet worden. Diese Kommission, oder vielmehr die Trümmer dieser Kommission haben nach monatelangen Katzbalgereien über die Frage, wie die geforderten Mehreinnahmen für das Reich unter weitgehendster Schonung der Besitzenden durch blutigste Schröpfung der breiten Volksschichten aufgebracht werden können, ihre Arbeiten beendet. Die Trümmer der Finanzkommission! Denn die rücksichtsloseste und vom nacktesten und brutalsten Egoismus dik-tierte Steuerpolitik der konservativen Junker-klieue wurde sogar den Liberalen zuviel, was gewiß etwas heißen will, da sie sich bisher von ihren konservativen Blockbrüdern willenlos zu den reaktionärsten Verrätern der Volksinter-essen benutzen ließen. Aber diesmal suchten die Konservativen die **junkerlichen** Geldsack-interessen zu wahren durch Preisgabe der **bürgerlichen** Geldsackinteressen. Das konnten die Vertreter des liberalen Bürgentums denn doch nicht anstandslos gutheißen, wenn sie nicht ihr eigenes Grab schaufeln wollten, und

deshalb machten sie, trotzdem sie bisher mit ihren agrarischen Freunden durch dick und dünn gegangen waren, auf einmal nicht mehr mit. Und als in dieser Weise dem konser-vativen, junkerlichen Herrn im Hause die libe-rale Konkubine unbecquem zu werden begann, setzte er sie mit einem wohlgezielten Tritt ein-fach vor die Tür. Er ging ein neues Ver-hältnis mit Madame Zentrum ein, die er bei den letzten Reichstagswahlen Hand in Hand mit der Jungfer Liberalismus aus dem Reichs-tagstempel hinauszujagen versucht hatte. Die fromme Frau vergaß und vergab ihm diesen Streich, der ihm ja auch nicht gelungen war, und heckte mit ihm eine Reihe von Steuer-plänchen aus, die den konservativen Wünschen voll und ganz gerecht wurden. Wenn diese Nummer unseres Blattes in die Hände der Leser gelangt, ist der Reichstag schon eifrig bei der Besprechung der Arbeit der Kommissions-trümmer, unter denen neben den Vertretern der Konservativen und des Zentrums auch die Polen zu finden sind. Die Rumpfkommis-sionsvorlage soll mit aller Geschwindigkeit im Plenum durchgepeitscht werden. Daher wird es angebracht sein, diese Arbeit der Rumpf-kommission einer zusammenfassenden Betrach-tung zu unterwerfen.

In der Reichsfinanzvorlage der Regierung waren folgende Steuern vorgesehen: Brau-steuer 100 Millionen Mark, Branntweinsteuer 100, Tabaksteuer 77, Weinsteuer 20 1/2, Gas- und Elektrizitätssteuer 50, Anzeigensteuer 33, Nach-lafsteuer 73 Millionen Mark; durch das Erb-recht des Staates sollten außerdem 19, durch Erhöhung der Matrikularbeiträge 25 Millionen Mark aufgebracht werden, was eine Gesamt-summe von 497 1/2 Millionen Mark ergeben hätte. Da die Regierung jedoch die Fahr-kartensteuer aufgeben wollte, weil deren Erträge weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben waren, würden 20 Millionen Mark von diesen Mehreinnahmen abzuziehen gewesen sein.

Die Finanzkommission des Reichstages hat jedoch vollständig gestrichen: die Weinsteuer

mit 20 1/2, die Gas- und Elektrizitätssteuer mit 50 die Anzeigensteuer mit 33, die Nachlafsteuer mit 73, das Erbrecht des Staates mit 19 Millionen Mark; außerdem hat sie von der Branntwein-steuer 20, von der Tabaksteuer 32 Millionen Mark in Abzug gebracht, so daß in den Kommissionen von den in der Regierungsvorlage geforderten Steuerbeträgen 247 1/2 Millionen Mark nicht bewilligt wurden. Zugestimmt wurde der Brausteuer mit 100 Millionen Mark, einer Branntweinsteuer mit einem Ertrage von 80, der Mehrbelastung des Tabaks mit einem Er-trage von 45 und der Erhöhung der Matrikular-beiträge mit dem von der Regierung veran-schlagten Ertrage von 25 Millionen Mark, d. h. also einer Steuergesamtsumme von 250 Millionen Mark.

Neben der Bewilligung dieser in der Re-gierungsvorlage vorgeschlagenen Steuersummen wurden aber durch die Kommission als Ersatz für die gestrichenen Steuervorschläge der Re-gierung folgende neuen Steuern in Vorschlag gebracht: Wertpapiersteuer 80, Wertzuwachs-steuer 30, Umsatzsteuer 30, Schaumweinsteuer 5, Kaffee- und Teezoll 35, Kohlenausfuhrzoll 20, Mühlenumsatzsteuer 8, Parfümeriesteuer 8, Zünd-holzsteuer 25, Glühkörpersteuer 20 Millionen Mark, insgesamt also Steuern im Betrage von 261 Millionen Mark. Mit den bewilligten Steuervorschlägen aus der Regierungsvorlage würden also durch die Rumpfkommision im Ganzen 511 Millionen Mark neuer Steuern bewilligt worden sein, wozu noch die Fahr-kartensteuer mit 20 Millionen Mark kommen soll, die die Kommission unter Hinzuziehung der 4. Wagenklasse aufrecht erhalten wissen will!

Das Techtelmechtel zwischen Konservativen und Zentrum ist also fruchtbar gewesen! Das Vaterland ist gerettet! Die Rumpfkommision bescherte der Regierung viel mehr, als sie ur-sprünglich haben wollte. Allerdings beruhen ihre Zahlen auf ganz oberflächlichen Schätzungen; sie werden wahrscheinlich bei genauer Be-rechnung stark zusammenschumpfen. So wird

z. B. der Ertrag der mit 80 Millionen Mark in Rechnung gestellten Wertpapiersteuer vom Reichsschatzsekretär Sydow nur auf 60 Millionen Mark geschätzt. Doch würden die Schätzungen der Rumpfkommision richtig sein, dann könnte sich die Regierung für die konservativ-klerikal-pölnische Steuerschröpfung des Volkes eins ins Fäustchen lachen.

Die breiten Volksschichten würden allerdings in jeder Beziehung die Leidtragenden sein. Würden sie vorher mit Geißeln gezüchtigt, so würden sie jetzt mit Skorpionen gezüchtigt werden. Denn fast alle von der Rumpfkommision vorgeschlagenen Steuern belasten den kleinen Mann. Was will z. B. besagen, daß die Weinsteuer, die Gas- und Elektrizitätssteuer, die Anzeigensteuer, die Tabakbanderolesteuer aufgelassen sind und von der Branntweinsteuer ein Fünftel gestrichen wurde, wenn dafür andere, drückendere Steuerlasten den schwachen Schultern aufgebürdet und aus dem Tabak immer noch 45 Millionen Mark mehr gepreßt werden sollen als er bisher schon eingebracht hat! Dem Volke soll, wenn die Wünsche der Rumpfkommision durch den Reichstag erfüllt werden, außer dem Tabak z. B. der Kaffee, der Tee, die Kohle, ja sogar jede Schachtel Zündhölzer verteuert werden! Die Fahrkartensteuer soll auch von dem die 4. Wagenklassen, die oft nicht besser als ein Viehwagen ist, benutzenden Arbeiter und kleinen Mann geblecht werden. Also in jeder Beziehung zu den bisherigen schweren indirekten Steuerlasten neue Schröpfungen der Besitzlosen, neue Auswucherung der Armen und Aermsten trotz der schon an und für sich ungeheuren Lebensmittelpreise, trotz der Krise und der mit ihr verbundenen Massenarbeitslosigkeit!

Und die Reichen und Besitzenden, die die Lasten tragen könnten, werden soviel wie möglich davor bewahrt. Die Fahrkartensteuer für die Fahrgäste der ersten und zweiten Wagenklasse wird verringert auf Kosten derer der dritten und vierten. Die Nachlaßsteuer und das Erbrecht des Staates, die besten und gerechtesten Steuervorschläge der Regierungsvorlage, werden gestrichen. Bezeichnend ist, daß die Blockbrüderschaft zwischen dem konservativen Junker- und dem liberalen Bürgertum viel weniger wegen der indirekten Verbrauchssteuern, als vielmehr wegen der Art der Besteuerung des Besitzes in die Brüche ging. In der Ausprägung der Klasse der Nichtbesitzenden waren beide ein Herz und eine Seele. Als aber die Junker an Stelle der verhaßten Nachlaßsteuer eine Besteuerung der Börsengewinne und des unverdienten Wertzuwachses vorschlugen, da war die Langmut und Sanftmut der Liberalen zu Ende und sie gerieten sich mit ihren bisherigen Freunden arg in die Haare.

Mit Hilfe des Zentrums und der Polen haben die Konservativen also, wie erwähnt, ihren Willen gegen die Liberalen durchgesetzt. Die Regierung tut zwar noch so, als sei sie mit dieser Regelung nicht zufrieden, und sie betont immer noch, an der Nachlaßsteuer festhalten zu wollen. Aber wer kann heute noch auf derartige Beteuerungen einer Regierung der Bülow und Sydow etwas geben! Und daß die Mehrheit der Konservativen, des Zentrums und der Polen im Plenum etwas anderes machen wird als in der Kommission, wird niemand annehmen. Die Früchte der konservativ-liberalen Paarung zeigten dem deutschen Michel und die Früchte der konservativ-klerikalen Paarung werden ihm zeigen, welche Rute er sich bei den letzten Reichstagswahlen aufgebunden hat. Eine Mehrheitskonstellation im jetzigen Reichstage ist genau so verderblich für das deutsche Volk wie die andere. Es wird die Suppe auslöffeln müssen, die es sich 1906 einbrockte. Aber die Arbeiterschaft wird dafür sorgen, daß jeder neue Wahltag allen bürgerlichen Parteien zu einem Tage des Gerichts, der Vergeltung und der Rache wird.

Rundschau.

Die Heimarbeit im Lithographiegewerbe. Die Berliner Handelskammer hat bekanntlich im Oktober 1906 die Lehren der Heimarbeit-Ausstellung,

die 1906 in Berlin veranstaltet wurde, durch eine Denkschrift über »Die Heimarbeit in Berlin« zu entkräften versucht. Anläßlich der Beratung der Heimarbeitsfrage in der Gewerbeordnungskommission des Reichstages hat nun die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands eine 72 Quartseiten umfassende Antwortschrift erscheinen und dem Reichstage zugehen lassen, die in äußerst wirksamer Weise die Versuche der Handelskammer zur Ablehnung oder Beschönigung des Heimarbeiters widerlegt. Sogar ein dem Unternehmertum sehr nahe stehendes Blatt, die »Papierzeitung«, bezeichnet in ihrer Nummer vom 10. Juni die Schrift der Generalkommission als eine »wichtige Ergänzung der Lücken und Irrtümer der Denkschrift der Berliner Handelskammer. An Hand einwandfreier und mit vieler Sorgfalt gesammelter Zahlen werden die Verhältnisse der Heimarbeit in folgenden Industrien beschrieben: Konfektion, Wäschefabrikation, Mützen- und Hutfabrikation, Schuhindustrie, Lithographiegewerbe, Goldleistenfabrikation, Stock, Tabak, Blumen- und Federnindustrie.« Ueber das Kapitel »Lithographiegewerbe« gibt die »Papierzeitung« folgende knappe, zutreffende Zusammenfassung: »Die Schrift unterscheidet bezüglich der Heimarbeit im Lithographiegewerbe drei Arten, deren eine sich immer aus der vorherigen entwickelt hat. Die erste Stufe ist die Heimarbeit, die von den in einer Anstalt beschäftigten Gehilfen nach Feierabend und Sonntags geleistet wird. Die zweite Stufe ist das Lithographieren der Gehilfen in der eigenen Wohnung während des ganzen Tages für verschiedene Firmen, und die dritte Stufe ist das Zwischenmeistersystem, die sogenannte Privatlithographie. Nachdem diese drei Arten eingehend beschrieben sind, werden die Schäden der Heimarbeit besprochen; sie treffen nicht nur die Gehilfen, sondern den ganzen Beruf. Durch die Heimarbeit untergraben die Gehilfen ihre Gesundheit, anderseits wird statistisch nachgewiesen, daß durch diese Heimarbeit die Arbeitslosigkeit der Gehilfen zeitweise sich bedeutend erhöht. In den Privatlithographien stehen in den meisten Fällen die Lehrlings-, Lohn- und Arbeitsverhältnisse hinter denen der Lithographien mit Druckereien sehr zurück. Nach einer Statistik betrug z. B. der Durchschnittslohn eines Lithographengehilfen in Berliner Kunstanstalten mit Druckereien 32 Mk., in den Privatlithographien jedoch nur 28 Mk. In Leipzig und anderen Orten lagen die Verhältnisse noch ungünstiger. Die Arbeitsräume in den Privatlithographien sind meist in Wohnräumen untergebracht, es fehlt an Luft, Licht, Ventilation usw. Auch die Lehrungsverhältnisse liegen in den Privatlithographien ungünstiger als in Anstalten mit Druckereien.«

Die Ergebnisse der Berufszählung in Preußen vom Jahre 1907 unter besonderer Berücksichtigung der polygraphischen Gewerbe werden im Juniheft der Monatsschrift »Deutscher Buch- und Steindruck« hervorgehoben. Darnach waren in den polygraphischen Gewerben in Preußen beschäftigt: 1895: 60398, 1907: 101982. Erwerbstätige im Hauptberuf; im Nebenberuf: 1895: 1552, 1907: 2029. Für die Stein- und Zinkdruckerei, also für unseren Zweig der polygraphischen Gewerbe, ergeben sich folgende Zahlen: a) Erwerbstätige im Hauptberuf: 1895: Selbstständige: 1001, Aufsichtspersonal, Gehilfen und Arbeiter: 9266; 1907: Selbstständige: 976, Aufsichtspersonal, Gehilfen und Arbeiter: 12981. — b) Erwerbstätige im Nebenberuf: 1895: Selbstständige: 249, Aufsichtspersonal, Gehilfen und Arbeiter: 71; 1907: Selbstständige: 107, Aufsichtspersonal, Gehilfen und Arbeiter: 68. — Diese Zahlen, besonders die über die Erwerbstätigen im Hauptberuf, zeigen klar und deutlich, daß sich die Zahl der Selbstständigen, also der Betriebe, in den 12 Jahren von 1895 bis 1907 verringert hat, während die Zahl der Angestellten und Arbeiter ganz bedeutend gestiegen ist. Auch in unserem Gewerbe entwickeln sich also ständig die Großbetriebe, während die Kleinbetriebe langsam aufgesaugt werden.

Die belgische Chemigraphenorganisation, die bisher ein reiner Unterstützungsverein war, hat sich zu einem gewerkschaftlichen Kampfbund ausgestaltet und ist dem internationalen Bunde der Lithographen, Steindruck und verw. Berufe beigetreten.

Der erweiterte Gegenseitigkeitsvertrag, den die deutsche Organisation innerhalb des internationalen Bundes mit einer Reihe anderer Landesverbände zur Erleichterung des Reiseverkehrs der Mitglieder abgeschlossen hat, ist nunmehr auch auf unsere holländische Bruderorganisation ausgedehnt worden.

Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1908. Die in der Wiener Reichsgewerkschaftskommission vereinigten freien Gewerkschaften haben die Krise in ihrem bisherigen Verlaufe gut überwunden. Dadurch, daß die Jahre der guten Konjunktur zu Beitragserhöhungen ausgenützt wurden, waren die Zentralverbände in der Lage, die gewaltig gesteigerte Inanspruchnahme während der Krise auszuhalten und außerdem ihre Kämpfe zu führen. 1908 wurden für Relae-, Arbeitslosen- und Notfallunterstützung rund 2345000 Kronen ausgegeben (gegen 1655000 in 1907, also mehr 700000 Kronen). Streiks und Aussperrungen kosteten den Verbänden 1454000 Kronen, also eine Million weniger als die Arbeitslosen. Natürlich hat die Krise den Gewerkschaften auch Mitgliederverluste gebracht: Den 176819 Befristeten stehen 195634 Austritte gegenüber. Der Abgang beträgt somit 18815 gleich 3,75 Proz.

der Gesamtmitgliedschaft von 482297 (gegen 501094 im Vorjahr). Den stärksten Verlust hatten die Bauhilfs-Ton und Ziegelerbeiter, also die intellektuell und materiell am weitesten zurückstehenden Arbeiterschichten. Bedeutende Zunahme weisen aber die industriell rückständigen Länder Galizien, Oberösterreich und Tirol-Vorarlberg auf. Die gesamten Einnahmen wuchsen 1901 bis 1908 ununterbrochen und zwar von 229346 auf 9329000 Kronen, die Ausgaben von 2111281 auf 8354995 Kronen. Die außerdem aufgebracht und verwalteten Streikfonds (Beitrag 5 Heller bis zu 1 Krone wöchentlich) ergaben 1908 die Summe von 4103394 Kronen 79 Heller. Für Abwehrkämpfe von prinzipieller Bedeutung besteht der Solidaritätsfonds, zu dem jedes Gewerkschaftsmitglied 5 Heller monatlich beiträgt und von der Reichsgewerkschaftskommission verwaltet wird. Die Gesamtorganisation verfügt über 2648871 Kronen, die den Organisationen außer deren Einnahmen für Streiks, Aussperrungen und Gemaßregelte zur Verfügung stehen. Der Gesamtvermögensstand hat sich seit 1907 um 1172332 Kronen auf 9978370 Kronen erhöht. Aus der Uebersicht über die Leistungsfähigkeit der aus der Reichskommission aus einem gewissen Entgegenkommen gegen chauvinistische Gedankengänge ausgeschiedenen und der Prager Kommission angehörigen tschechischen Mitgliedschaften geht hervor, daß durch die Trennung und das darauffolgende Aufhören des Gegenseitigkeitsverhältnisses eine Verringerung der Leistungsfähigkeit dieser Verbände herbeigeführt wurde. Die großen Zentralverbände aber können mit dem Ausgang der Feuerprobe des schlimmen Krisenjahres zufrieden sein.

Eine Generalaussperrung der Bauarbeiter von Hamburg und Umgegend begann am 5. Juni. Allerdings blieb ihr Umfang bei weitem hinter den Wünschen der Scharfmacher zurück. Von etwa 15000 in Betracht kommenden Arbeitern sind ungefähr 8000 ausgesperrt, also nur etwas mehr als die Hälfte.

Wie es Unorganisierten ergeht, zeigt wieder klar und deutlich folgendes Beispiel: Die Firma Franzen Söhne, Bügelfabrik in Wald bei Solingen, hat den Bügelschleifern eine 30prozentige Lohnreduktion angeboten und auch bereits durchgeführt. Auch bei anderen Arbeiterkategorien in derselben Fabrik, wie beispielsweise den Maschinenarbeitern, sollen Lohnreduktionen bis zu 30 Proz. vorgenommen werden. Von den zahlreichen Arbeitern ist so gut wie keiner organisiert. Alle Ermahnungen des Metallarbeiterverbandes, sich zu organisieren, wurden bisher in den Wind geschlagen. Die Maßnahmen der Firma, die auch in »Wohltätigkeit« macht, dürften den Arbeitern wohl endlich die Augen öffnen.

Generalversammlungen und Kongresse.

Der Zentralverband der Schiffszimmerer hielt seine 11. Generalversammlung vom 16. bis 20. Mai in Kiel ab. 28 Delegierte, 4 Vorstandsvertreter und 1 Vertreter der Generalkommission waren anwesend. Die Durchschnittsmitgliederzahl des Verbandes stieg von 3762 im Jahre 1907 auf 3920 im Jahre 1908. Die freie Vereinigung der Schiffs- und Bootsbauer in Berlin ist dem Verbands beigetreten. Diesem gelang in Gemeinschaft mit den anderen in Frage kommenden Organisationen der Abschluß von Vereinbarungen mit den Werftbesitzern, wonach die wöchentliche Arbeitszeit von 60 auf 57 resp. 56 Stunden herabgesetzt worden ist. Das Verbandsvermögen stieg von 96591,51 Mk. Ende 1907 auf 98108,38 Mk. Ende 1908. Ein Antrag, mit dem Metallarbeiterverband zwecks Anschluß an diese Organisation in Verbindung zu treten, wurde vorläufig noch mit 18 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Zur Betreibung intensiverer Agitation wurde die Anstellung eines zweiten besoldeten Angestellten beschlossen.

Der Zentralverein der Bildhauer Deutschlands hatte seine 5. Generalversammlung vom 31. Mai bis 4. Juni in Magdeburg. Anwesend waren 20 Delegierte, 3 Vorstandsvertreter, 1 Ausschußvertreter und 1 Vertreter der Generalkommission. Nach dem Vorstandsbericht, der die Jahre 1906 bis 1908 umfaßt, hat die Ausdehnung der Lohnkämpfe und die große Arbeitslosigkeit die Verbandskasse ungeheuer belastet, so daß trotz der Erhebung von Extrabeiträgen das Verbandsvermögen von 88574 Mk. Anfang 1906 auf 38733 Mk. Ende 1908 fiel. Aber in bezug auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hatte der Verband weitgehende Erfolge zu verzeichnen. An den Kämpfen waren 3990 Mitglieder beteiligt. Für 2558 endeten die Bewegungen mit vollem, für 833 mit teilweise Erfolg. Die Mitgliederzahl sank von 4875 Anfang 1906 auf 3988 Ende 1908, also um rund 900! Die Kassensanierung und die Frage des Anschlusses an den Holzarbeiterverband nahm angesichts dieser Sachlage den größten Teil der Verhandlungen in Anspruch. Die Verschmelzung wurde mit 14 gegen 5 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Der Beitrag wurde von 75 auf 85 Pf. erhöht mit der Maßgabe, daß Mitglieder mit weniger als 21 Mk. Wochenlohn 60 Pf. bezahlen können. Die Zwischenkassenzeit beim Unterstützungsbezug wurde von 26 auf 36 Wochen verlängert. Zum Schluß wurde noch ein Antrag, der die Delegierten

zum nächsten Gewerkschaftskongreß verpflichtet sollte, für die Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten, mit 12 gegen 7 Stimmen abgelehnt

Der Deutsche Metallarbeiterverband hielt vom 31. Mai bis 5. Juni in Hamburg seine 9. Generalversammlung ab. Mit den Bezirksleitern, Vorstandsvertretern usw. sind mehr als 200 Delegierte anwesend. Die Mitgliederzahl ist in der zwölfjährigen Berichtsperiode von 335 075 auf 362 673 gestiegen. 1907 wurden 3 917 355 12 Mk., 1908 sogar 7 126 544,15 Mk. für Unterstützungszwecke verausgabt. Für Kampfzwecke wurden 1907: 2 283 304 Mk. und 1908: 1 030 172 Mk. ausgegeben. Das Verbandsvermögen belief sich 1907 auf 5 606 906,36 Mk., 1908 auf 5 883 291,39 Mk. In der Diskussion über den Vorstandsbericht nahmen die Vorkommnisse beim Vulkanstreik in Kiel und beim Streikwerk in Mannheim einen breiten Raum ein. Ein Teil der Redner warf dem Vorstände eigenmächtiges und undemokratisches Verhalten vor, während zahlreiche andere Redner dem Vorstände das Recht zusprachen, im Hinblick auf die allgemeine Lage lokale Bewegungen aufzuheben. Von einer Beschlußfassung über diese Frage wurde abgesehen. Die Anträge auf Staffelung der Beiträge wurden abgelehnt. Der Vorstand wurde jedoch mit der Vornahme neuer Berechnungen beauftragt; er soll der nächsten Generalversammlung eine neue Vorlage über die Staffelungsfrage unterbreiten. Die Karenzzeit für die Erwerbslosenunterstützung wurde von 52 auf 72 Wochen erhöht. Alle Anträge, die den Verbandsbeamten das passive Wahlrecht zu entziehen bezwecken, wurden einstimmig abgelehnt. Zur Frage der Maifreie erklärte die Generalversammlung mit 129 gegen 51 Stimmen, daß das Ziel einer allgemeinen und wirksamen Arbeitsruhe am 1. Mai in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie auf Grund gemachter Erfahrungen ohne schwere wirtschaftliche Kämpfe und dadurch bedingte Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft sowie auch mangels völliger Uebereinstimmung innerhalb der Arbeiterschaft über die Zweckmäßigkeit der Arbeitsruhe am 1. Mai überhaupt nicht zu erreichen ist. Ferner hat sich ergeben, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai als gewerkschaftliches Kampfmittel zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie zur Befestigung bereits erungener Positionen nicht betrachtet werden kann, indem sie ihrem inneren Wesen nach eine genügende Berücksichtigung taktischer Maßnahmen nicht ermöglicht. Die Generalversammlung kann deshalb den Mitgliedern des Verbandes die Beteiligung an der Arbeitsruhe am 1. Mai nicht zur Pflicht machen, überläßt es vielmehr jedem einzelnen Mitglied, sich an ihr unter Beachtung der internationalen Kongreßbeschlüsse und Uebnahme aller sich aus der Arbeitsruhe am 1. Mai ergebenden Folgen zu beteiligen.

Die chemischen Arbeiter Deutschlands veranstalteten am 1. und 2. Pfingsttag in Frankfurt a. M. eine Konferenz, an der 106 Delegierte aus allen Teilen Deutschlands sowie der Hauptvorstand und fast alle Gauleiter des Fabrikarbeiterverbandes teilnahmen. Herr Dr. Sommerfeld hielt einen Vortrag über Vergiftungsgefahren, wobei er die Notwendigkeit einer besonderen Kontrolle der Industrie durch hygienisch vorgebildete Ärzte betonte. Die wirtschaftliche Lage der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter behandelte sodann ausführlich Genosse H. Schneider. Er betonte, daß die chemische Industrie ein getreues Spiegelbild der industriellen Entwicklung überhaupt sei. Während von 1882—1907 die Zahl der Betriebe nur um 15 Proz. stieg, erhöhte sich die Zahl der Arbeiter um 139, die Zahl der Arbeiterinnen sogar um 300 Proz. Den Kapitalisten bringt die chemische Industrie Riesengewinn; sie schüttet durchschnittlich 16,6 Proz. Dividende aus! Umso trauriger ist die Lage der Arbeiter. Im Hinblick darauf und auf die Zerrüttung der Gesundheit, die die Verarbeitung giftiger und gefährlicher Stoffe mit sich bringt, wurden die chemischen Arbeiter durch eine Resolution zum Zusammenschluß im Fabrikarbeiterverbande dringend aufgefordert. Reichstagsabgeordneter Genosse Aug. Breil referierte zum Schluß über die Gesetzgebung und die Arbeiterschaft in der chemischen Industrie. Seine Resolution, durch die wirksamster Schutz der Giftkammerproletariat gefordert wird, fand einstimmige Annahme.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten tagte während des Pfingstfestes in Berlin. Trotz der letzten schweren Konflikte mit den Scharfmachern stieg sein Mitgliederbestand von 7980 im Jahre 1906 auf 10760 im Jahre 1907, während das Jahr 1908 mit 13000 Mitgliedern abschließt. Der Bundesstag befaßte sich hauptsächlich mit internen Organisationsfragen. Er gab dem Verband eine konsequente gewerkschaftliche Verfassung. Außerdem nahm er nach entsprechenden Referaten eine ganze Reihe von sozialpolitischen Anträgen an.

Der Arbeiter-Abstinenten-Bund hielt während der beiden Pfingsttage in Hannover seine 3. Generalversammlung ab. 17 Delegierte waren anwesend. Der Vorstand wurde mit der Herausgabe einer monatlich erscheinenden Zeitschrift beauftragt. Ebenso wird ihm Vollmacht erteilt zur Errichtung eigener Druckerei durch Ausgabe von Anteilscheinen. Der Entwurf eines Aktionsprogramms, das die Aufgaben des Bundes innerhalb der Arbeiterbewegung und seine Forderungen an Staat und Gemeinde enthält, wurde dem

Vorstand überwiesen, der ihn in Verbindung mit den Vertretern der österreichischen und schweizerischen Abstinentenverbänden endgültig formulieren soll. Gegen die Erhöhung der Alkoholsteuern wurde durch eine Resolution protestiert, in der auch der Standpunkt des Arbeiter-Abstinenten-Bundes zu derartigen Steuern präzisiert wurde.

Zur Reichsversicherungsordnung.

Von K. Möbinger.

V.

Ueber die im dritten Buch behandelte Unfallversicherung ist nicht sehr viel zu sagen. Die Berufsgenossenschaften als Träger der Unfallversicherung bleiben nach wie vor reine Unternehmerorganisationen. Auch in Zukunft werden die Versicherten keinen Einfluß auf Verwaltung und Geist der Unfallversicherung haben. Die Versicherten würden lieber einen Teil der Beiträge bezahlen, als dauernd auf das Recht der Mitverwaltung zu verzichten. Die wesentlichste Besserung, die der Entwurf vorsieht, ist die Mitwirkung der Versicherten bei Feststellung und Entzug von Unfallrenten. Im Versicherungsamt soll darüber unter Mitwirkung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern beraten werden.

Zu beklagen ist, daß die Versicherung noch immer nicht auf alle beruflich beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ausgedehnt wird. Nach wie vor werden große Massen der Arbeiterschaft von der Versicherung ausgeschlossen sein. Der Entwurf bringt nur eine kleine Ausdehnung der Versicherungspflicht auf bestimmte Berufsgruppen. Etwas erleichtert ist die Berechnung des Jahresarbeitsdienstes, als Grundlage zur Rentenbemessung. Auch die Bestimmungen über den Unfallzuschuß sind etwas klarer gefaßt und erleichtert. Damit sind aber auch die sogenannten Verbesserungen schon erschöpft.

Eine ganz wesentliche Verschlechterung zeigen die Bestimmungen über den Bezug kleiner Renten. Im § 654 des Entwurfes ist festgelegt, daß Renten, die 20 Prozent oder weniger betragen, von Anfang der Gewährung an nur für eine bestimmte Zeit festzusetzen sind. Nach Ablauf der bestimmten Frist wird die Rente einfach eingestellt, ohne daß es einer Benachrichtigung des Verletzten bedarf. Glaubt der Verletzte auch nach Ablauf dieser Frist noch geschädigt zu sein, dann muß er selbst innerhalb der gesetzlichen Frist den Antrag auf Weitergewährung der Rente stellen. Diese Bestimmungen werden dazu beitragen, daß viele Renten von Anfang an schon möglichst auf nur 20 Prozent oder weniger festgestellt werden und daß zahlreiche Verletzte sehr bald um ihren Rentenanspruch kommen. Unkenntnis einerseits, Erschwerung des Antragsrechtes andererseits und Verkenntnis der rechtzeitigen Einlegung von Rechtsmitteln werden zu zahlreichen Rentenniederschlagungen Anlaß geben.

Eine weitere Bestimmung besagt, daß das Recht auf Bezug von Renten solange ruhen soll, als der Verletzte wieder einen gleichartigen Lohn wie vor dem Unfälle erzielt. Früher war der Lohn nicht entscheidend, jetzt soll er zum Entzug der Rente Anlaß geben. Diese Bestimmungen schlagen den Interessen der Arbeiterschaft direkt in das Gesicht! Der verletzte Arbeiter kann bei voller Ausnützung seiner Intelligenz schließlich wieder einen gleichen Lohn wie vor dem Unfälle erreichen; er würde aber in der Lage sein, noch weit mehr zu verdienen, wenn er nicht an Unfallfolgen zu leiden hätte. Solche Blinsenwahrheiten berücksichtigt der Regierungsentwurf natürlich nicht. Wie schwer ist der verletzte Arbeiter aber in der Regel dadurch geschädigt, daß er als Unfallverletzter nur sehr schwer Arbeit finden kann! Die Unternehmer nehmen natürlich einen nicht unfallverletzten, vollwertigen Arbeiter viel eher in Arbeit wie den durch Unfallfolgen in seinen Leistungen beschränkten Arbeiter. Für solche Notfälle, unter welchen unfallverletzte Arbeiter alltäglich zu leiden haben, sieht der Entwurf selbstverständlich keine wirksame Hilfe und Entschädigung vor.

Daß es sich bei den Bestimmungen des Entwurfes wiederum um ein Entgegenkommen an die Unternehmerkreise handelt, wird aus der Bestimmung klar, wonach Arbeitern die Rente entzogen werden kann, wenn sie eine ihnen angewiesene Arbeit nicht aufnehmen. Die Berufsgenossenschaften werden nun wohl Arbeitshäuser einrichten, damit sie diese Bestimmungen voll ausnützen können. Verdienen die Arbeiter, die ihre Arbeitskraft, ihr Leben und ihre Gesundheit stets in den Dienst der Allgemeinheit stellen, wirklich nicht mehr Entgegenkommen? Vergibt man denn ganz, daß von der Arbeitsleistung und dem Arbeitsertrage sowohl die Existenz jedes Einzelnen wie der Gesamtheit abhängt? Kann ein Staat, kann eine Gesellschaft bestehen ohne Arbeit? Ist sie nicht die Grundlage von diesem allen? Und hätte der Staat oder die Gesellschaft dann nicht die Pflicht, für die Opfer der Arbeit, für die Opfer der Produktionsmethoden zu sorgen? Die Beantwortung solcher Fragen kann allerdings von einer im Dienste des Kapitals und des Besitzes stehenden Regierung nicht erwartet werden. Die Arbeiterschaft kann aber hieraus wiederum ersehen, was sie von den sogenannten »Wohltaten« einer sich sozial schimpfenden Regierungskaste zu erwarten hat!

Ganz ungeheuerlich sind die Bestimmungen des Entwurfes, wonach Renten, die 20 Proz. und weniger betragen, auch ohne Antrag des Verletzten abgefunden werden können. Und bei der Entscheidung über Abfindung oder Ruhen von Renten wirken nicht einmal die Vertreter im Versicherungsamt mit; diese Sachen macht der Herr Vorsitzende auf Antrag der Berufsgenossenschaft allein. Bisher konnten Renten unter 15 Prozent nur mit Zustimmung des Verletzten abgefunden werden, dem gegen die Berechnungsart noch die Berufung an das Schiedsgericht zustand.

Zu beachten ist bei diesem Teile, daß ein Rekursverfahren gegen die Entscheidungen der Oberversicherungsämter (der Schiedsgerichte) nicht mehr stattfinden soll. Zulässig bleibt nur das Revisionsverfahren, das nur dann berechtigt ist, wenn ein klarer Verstoß gegen die gesetzlichen Vorschriften bei der Verhandlung vor dem Oberversicherungsamt erwiesen ist. Beweisangebote, ärztliche Gutachten und ähnliche Umstände, die im Rekursverfahren vor dem Reichsversicherungsamt zu einer gründlichen Nachprüfung der Prozeßlage Anlaß gaben, werden beim Revisionsverfahren völlig außer Betracht bleiben. Der die Unfallversicherung betreffende Teil des Entwurfes bringt also ebenfalls ganz erhebliche Verschlechterungen mit sich, die mit aller Kraft abgewehrt werden müßten.

Daß von einer Erhöhung der Renten (Vollrente entsprechend dem Gesamtbetrage des Jahresarbeitsverdienstes bei völliger Erwerbslosigkeit und Berechnung der Teilrente nach dem vollen Arbeitsverdienste) im Entwurfe keine Rede ist, braucht nach dem Gesagten nicht besonders hervorgehoben zu werden. Für Landarbeiter gilt nach wie vor die meist gar nicht entsprechende Berechnung des ortsüblichen Tagelohnes als Grundlage zur Rentenbemessung. Es ist ja bekannt, wie unter diesem Berechnungssysteme die Renten für Landarbeiter so traurig geringfügig sind.

Beachten wir, daß vom Jahre 1886 an bis zum Jahre 1907 8 082 690 Unfälle zur Anmeldung gelangten, daß von diesen aber nur 1841 684 entschädigt wurden und daß allein in diesem Zeitraume 153 153 Todesfälle zu verzeichnen waren, so kann man die großen Opfer ermaßen, welche die Arbeiterschaft tagtäglich erbringen muß. Vergleiche man damit die viel gerühmte soziale Fürsorge, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß sie ein Nichts bedeutet gegenüber diesen Opfern. Und nun will man anstatt Verbesserungen noch Verschlechterungen schaffen!

Arbeiter, wehrt euch gegen diese Versuche, verlangt Erfüllung eurer Rechtsansprüche auf wirksamen Schutz und ausreichende Hilfe!

Die Neugestaltung unserer handelspolitischen Beziehungen.

Die handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und einer ganzen Reihe von Ländern erfahren in nächster Zeit einschneidende Veränderungen, die unseren Warenverkehr mit dem Auslande nachhaltig beeinflussen werden. Vor allem sind es die Vereinigten Staaten von Amerika, dann Frankreich, weiter Schweden, Portugal, Serbien und Venezuela, die entweder ihre Zollverhältnisse ändern oder mit uns festere Abmachungen treffen wollen. Der Warenverkehr mit den genannten Ländern ist recht erheblich. Unsere Gesamteinfuhr betrug im Jahre 1908 dem Werte nach und ohne Berücksichtigung des Verkehrs in Edelmetallen 7,66 Milliarden Mark. Die Gesamtausfuhr stellte sich auf 6,40 Milliarden Mark. Von der Ein- und Ausfuhr entfielen auf die nachstehenden Länder folgende Werte in 1000 Mk.

	in der Einfuhr.	in der Ausfuhr
Verein. Staaten v. Amerika	1282610	507526
Frankreich	419954	437893
Schweden	145087	174071
Portugal	13607	32770
Serbien	15435	16189
Venezuela	11802	5482
Zusammen	1888495	1173931

Die Einfuhr aus den angeführten Ländern macht rund 23 Proz. der Gesamteinfuhr, die Ausfuhr rund 18 Proz. der Gesamtausfuhr aus. Es wird also durch die in Aussicht stehenden Veränderungen der Zölle oder der sonstigen handelspolitischen Beziehungen der Warenverkehr Deutschlands sehr stark berührt.

Vor allem gilt dies von der Tarifrevision in den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Lande, das durch seinen Hochschutzzoll unseren Warenexport schon immer sehr erschwert hat. Es ist interessant, zu verfolgen, wie man in freihändlerischen Kreisen Deutschlands ursprünglich auf die Tarifrevision große Hoffnungen setzte, weil man erwartete, die Tarifrevision würde in der Hauptsache eine Ermäßigung der schon überaus hohen Zölle bringen. Aber je mehr dann das Werk der Tarifrevision vorwärts schritt, desto mehr wurde man gewahr, daß der Effekt der ganzen Tarifrevision eine abermalige und weitere Erschwerung der Einfuhr ausländischer Waren bedeutete, d. h. ganz besonders unseren Export nach Amerika bedrohte. Amerika hat bisher schon mit seiner hochschutzzöllnerischen Handelspolitik die besten Geschäfte im Verkehr mit den europäischen Ländern gemacht, in denen es gute Abnehmer für seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse besitzt; genößt es doch z. B. im Verkehr mit Deutschland die volle Meistbegünstigung,

die eigentlich doch nur den Ländern zukommen sollte, die uns auf handelspolitischem Gebiete ähnliche Zugeständnisse machen wie wir ihnen. Wie schon jetzt verläuft, werden die Vereinigten Staaten das bisher bestehende Handelsabkommen mit Deutschland kündigen müssen, so daß die Voraussetzung für eine gründliche Neuregelung der handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten gegeben ist. Denn eine gründliche Neuregelung ist schon aus formellen Gründen notwendig nachdem sich immer mehr herausgestellt hat, daß die bisherigen provisorischen Abmachungen der Lösung aller grundsätzlichen Fragen stets aus dem Wege gingen. Kündigt Amerika das gegenwärtig bestehende Abkommen, so wird wohl vornehmlich der beiden Partner mehr auf den Meistbegünstigungsvertrag aus dem Jahre 1828 zurückgegriffen werden, der für Amerika sehr günstig, für Deutschland aber höchst nachteilig war. Denn nach dem Wortlaute dieses überlebten Vertrages, der seinerzeit mit Preußen abgeschlossen wurde, konnten die Vereinigten Staaten die extremste Schutzpolitik gegen Deutschland treiben, während Deutschland gezwungen war, alle Konzessionen, die es dritten Staaten gegenüber machte, auch den Vereinigten Staaten zukommen zu lassen. Während die anderen Staaten Deutschland Konzessionen gegen Konzessionen machten, hatten dies die Vereinigten Staaten nach dem alten Verträge nicht nötig, sondern sie verlangten jede einem anderen Staate gemachte Konzession ohne jede Gegenleistung. Ein derartiges Verhältnis fortbestehen zu lassen oder gar erneuern zu wollen, wäre nicht nur schädlich, sondern direkt unsinnig. Daß eine Neuregelung unseres handelspolitischen Verhältnisses mit den Vereinigten Staaten unter solchen Voraussetzungen und bei der Wichtigkeit unseres Warenverkehrs mit der Union nicht ernst genug genommen werden kann, ist bei den Schwierigkeiten und Gefahren, die sich aus den Verhandlungen ergeben können, leicht einzusehen.

Weniger Schwierigkeiten begegnet die Regelung unserer handelspolitischen Beziehungen mit den anderen aufgeführten Ländern. Im Verkehre mit Frankreich, das seine Schutzpolitik gleichfalls zu verschärfen beabsichtigt, genießen wir auf alle Fälle die Meistbegünstigung, obwohl es nicht gleichgültig ist, wenn die Mindestzollsätze ganz generell erhöht werden. Neuerdings sieht es freilich so aus, als ob die Aenderung der französischen Zölle sich doch nicht so schnell durchführen ließe, wie man anfänglich erwartet hatte. Die Revision des Zolltarifes soll vielmehr vertagt werden, da verschiedene Staaten, so namentlich England, Oesterreich-Ungarn, Italien und die Schweiz gegen die hochschutzzöllnerischen Uebertreibungen der Revision förmlichen Einspruch bei der französischen Regierung erhoben haben. Das Königreich Serbien hat Ende März einen Maximal- und Minimalzolltarif bei sich eingeführt, der uns vorläufig wenig berührt, da die Zollsätze der Vertragstarife in den Minimaltarif aufgenommen sind. In Schweden ist ein neuer Zolltarifentwurf dem Reichstage vorgelegt worden, der starke Zollbelastungen auch für deutsche Waren beabsichtigt. Unser gegenwärtiger Handelsvertrag mit Schweden läuft bis Ende 1910. Da der schwedische Reichstag den neuen Tarif erst im nächsten Jahre fertigstellen kann, so wird wohl schon der neue Tarif die Basis für die Erneuerung eines Handelsvertrages zwischen Schweden und Deutschland bilden müssen. Daß wir aus dem unregelmäßigen Zustande der handelspolitischen Beziehungen mit Portugal endlich herauskommen, ist sehr erfreulich, und darum wird auch der deutsch-portugiesische Handelsvertrag im allgemeinen gutgeheißen. Auch mit Venezuela ist der Abschluß eines Vertrages, der die handelspolitischen Beziehungen regeln soll, nahe. Im Interesse der deutschen Volkswirtschaft liegt es, wenn der Warenverkehr mit den südamerikanischen Ländern einen Aufschwung erfährt. Diesem Zwecke ist aber ein geregeltes Vertragsverhältnis sehr förderlich. Bisher bestand eine formelle Regelung überhaupt noch nicht. In Zukunft soll das anders werden. Dem Bundesrat liegt ein Vertrag vor, der die gegenseitige Meistbegünstigung hinsichtlich aller Verhältnisse des Handels und der Schifffahrt zwischen Deutschland und Venezuela feststellt. *Rich. Calwer.*

Briefkasten der Redaktion.

Druckfehler-Berichtigung. Seite 202, Spalte 2, Zeile 18 von unten: lies »bekämpfen« statt »bekämpfte«. S. 203, Sp. 1, Z. 22 von oben: lies »1908« statt »1909«; Z. 40 von oben: lies »Der« statt »D e.« S. 204, Sp. 1, Z. 30 von oben: lies »Arbeit« statt »Arbeits«; S. 204, Sp. 1, Z. 30 von oben: lies »Arbeits« statt »Arbeits«. — *J. M. D.*, S. Kam erst Montag hier an, für diese Nummer also leider zu spät. Gruß!

Algemeines.

Teil für die
gemeinamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Amerikanischer Zollprotektionismus.

Nachdem die amerikanische Zolltarifreform — »Reform nach oben« nennt man sie jetzt

recht zutreffend — ihr zweites Entwicklungsstadium durchgemacht hat, daß heißt nachdem der Payne'sche Tarifentwurf in seinen Grundzügen durch den Vorsitzenden des Finanzausschusses im Senat, Aldrich, amendiert wurde und dadurch aus der leidlichen Zollerhöhung Paynes die unleidlichen Protektionen der Trusts durch Aldrich perfekt geworden sind, muß es offen gesagt werden, daß der Export nach Amerika für die gesamte deutsche Industrie aufs Außerste gefährdet ist! Der Aldrich'sche Entwurf ist jetzt aus der Kommission an den Senat gegangen; dort wird er zurzeit verhandelt. Wenn er angenommen ist, kommt er zur endgültigen Beschlußfassung vor den Kongreßauschuß, der sich aus Repräsentantenhaus und Senat zusammensetzt. Aber schon jetzt kann man erkennen, daß der Tarif in seinen Grundzügen so angenommen wird, wie ihn Aldrich im Bunde mit seiner Gefolgschaft ausgearbeitet hat, und die ersten Abstimmungen im Senat haben schon gezeigt, daß nichts von solchen Wünschen verwirklicht werden wird, die Aldrich und seine Hintermänner nicht verwirklichen wollen.

Mit welcher Schärfe und mit welchen Mitteln dabei von der Protektionistenmehrheit gekämpft wird, zeigte die mehrtägige Diskussion wegen der Denkschrift, die die deutsche Regierung auf Wunsch des amerikanischen Staatsdepartements ausgearbeitet hatte und die auf Grund von Ermittlungen der deutschen Handelskammern die in Deutschland gezahlten Löhne in ihrer wirklichen Höhe darzustellen versucht. Die amerikanischen Hochschutzzöllner haben bekanntlich viel zu geringe Löhne für Deutschland angegeben und damit die hohen Zölle begründet.

Senator Aldrich hatte versucht, die Denkschrift, die wohl nicht in »seinen Kram« paßte, zu unterdrücken, er sie zunächst als eine vertrauliche bezeichnete. Als ihm dieses und auch andere Mittel nichts nützen, gab er zu, die Denkschrift zu kennen sie aber nicht benutzt zu haben, weil die deutsche Regierung die Namen der befragten Fabrikanten geheim gehalten wissen wolle. Im letzten Moment rettete er sich so, daß er die Denkschrift schnell an die Regierung zurücksandte und dann behauptete, nicht in Besitz des Dokuments zu sein. Die amerikanische Regierung gab sie jetzt an den Senat, der sie übersetzen lassen wird. Ein solches Vorkommnis mag einigermaßen verwunderlich erscheinen, zumal für die, die Amerika als den Hort der Freiheit sehen. Aber der gesetzgebende Apparat ist eben nicht nur im lieben Deutschland ein Mittel, für die kapitalkräftigen Großinteressenten Profite zu schaffen.

Den eigentlichen Anstoß zu der Debatte gab das Bekanntwerden der wirklichen Löhne in der deutschen Rasiermesserindustrie. Die amerikanischen Interessen hatten vor dem Mittel- und Wegekomitee, das die Beratungen geführt hat, die Löhne um die Kleinigkeit von 50% niedriger angegeben. Daß die Löhne in Deutschland wirklich niedriger sind als in Amerika, kann ja leider nicht bestritten werden.

Von Interesse ist ja, daß der neue deutsche Botschafter in Washinton, Graf Bernsdorff, in einer Rede jüngst dies ohne weiteres zugab. Er sagte: Ich habe ferner oft die Behauptung gehört, sie (die Amerikaner) würden im Wettbewerb mit Deutschland durch die Tatsache beachtet; daß die Löhne in meinem Vaterlande niedriger seien, als hier zu Lande. Dem mag auch so sein; doch ich bezweifle sehr, daß der deutsche Arbeiter durchschnittlich schlechter lebt als der hiesige. Unsere Industriestädte haben mir diesen Eindruck nicht vermittelt. Das Leben ist in Deutschland billiger, weil die Kosten der Lebenshaltung nicht durch so hohe Einfuhrzölle beeinflusst werden, wie in diesem Lande. Die hervorgehobenen Stellen zeigen nicht nur, wie ohne weiteres durch einen Regierungsvertreter zugegeben wird, daß in Deutschland die Löhne niedriger sind als wie in Amerika, sie zeigen zugleich etwas, was man Unwissenheit zu nennen versucht ist, da nicht gut angenommen werden kann, daß mit Absicht eine Unrichtigkeit gesagt wurde. Näm-

lich die Behauptung, daß in Deutschland die Lebenshaltung durch die Zölle nicht so verteuert sei wie drüben. Es sei nur daran erinnert, daß das gemeine und niederträchtige System der Einfuhrscheine, welches jetzt die Brotgetreidepreise zu unerhörter Höhe getrieben hat und ein reines Geldgeschenk an die Agrarier ist. 1908 der deutschen Regierung 99 Millionen Mark bares Geld kostete!!

Das Wichtigste bleibt jetzt, daß Aldrich es fertig gebracht hat, nicht nur die Zölle im allgemeinen noch mehr zu erhöhen, sondern auch die administrativen Bestimmungen weiter für den Import nach den Vereinigten Staaten zu verschlechtern. Payne hatte seinen Generaltarif Minimalzölle zugrunde gelegt. Die Länder, die den amerikanischen Produkten nicht Meistbegünstigung gewährten, sollten nach Inkrafttreten des neuen Tarifes mit einem Maximalzoll bedacht werden: das heißt, die von dort kommenden Produkte sollten einen Zuschlag von zwanzig Prozent des Zollbetrages mehr zahlen. Dabei wurde gar nicht verhehlt, daß Deutschland damit getroffen werden solle; ist ja doch bekanntlich das Fleischbeschaugesetz von 1900 eine Mauer, die die Fleischeinfuhr aus der Union nach Deutschland so gut wie unmöglich macht. Wir Arbeiter haben sicher kein Interesse an diesem Gesetz, aber gerade das, was uns das Gesetz verhaßt macht, macht es den deutschen Agrariern lieb und wert, sind sie doch durch diese hygienischen Maßnahmen in der angenehmen Lage, nicht mit dem billigen amerikanischen Fleisch konkurrieren zu brauchen. Bismarck bekämpfte schon 1880 die damaligen Fortschrittler wegen ihrer Bekämpfung des Schweinefleischzufuhrverbotes scharf und er verspottete sie wegen ihrer Fürsorge um die »Trichine des armen Mannes«. Die Agrarier wissen auch heute noch zu gut, daß diese »Trichine des armen Mannes«, vor der die Gesetzgebung sie gehütet hat, ihnen glänzende Profite verschafft. Die hohen Fleischpreise beweisen es zur Genüge. Daraus ist zu ersehen, daß Deutschland womöglich sogar mit ersten Konflikten handelswirtschaftlicher und politischer Natur zu rechnen hat, wenn der neue Zolltarif Gesetz wird. Dazu kommt noch — und das erscheint besonders gerade jetzt wichtig, daß die deutsche Diplomatie es dem Abschlusse des jüngsten Handelsvertrages mit Amerika verstanden hat, die Bestimmungen so zu gestalten, daß eine Kündigung des Vertragsverhältnisses sofort beiderseitig Minimalzölle, also Zollkampf gegen Amerika, bedeutet. Wenn auch heute noch nicht sicher sein kann, ob es zu ernstern Repressalien kommen wird, auf jeden Fall bedeutet die Umgestaltung der Maximal- und Minimalzölle durch Aldrich eine Gefahr für den deutschen Export. Aldrich hat nämlich als Generaltarif die Maximalzölle angenommen und dazugesetzt, daß alle die Länder, die Amerika volle Meistbegünstigung gewähren, also kein einziges seiner Produkte diskriminieren, das heißt, schlecht behandeln, vom April 1910 an die Vorteile des Minimalzollgesetzes genießen sollen. Die Spannung zwischen den beiden Zollsätzen beträgt aber nicht mehr einen Zuschlag von zwanzig Prozent der Zollsumme, sondern fünf und zwanzig Prozent des Produktwertes!!

Für Ansichtspostkarten sind z. B. nach dem am 30. Juli 1907 beendeten Rechnungsjahre durch die amerikanische Regierung an Einfuhrwert 2034000 Dollar angegeben, also rund 8 1/4 Millionen Mk. Dazu kommen natürlich noch andere graphische Produkte, die hierbei nicht mit inbegriffen sind. Die Postkarte wird nach dem jetzt noch gültigen Dingletarif mit 5 c. per Pfund verzollt. Im neuen Entwurf werden es 7 c. sein, was einer Wertzollsteigerung von 20 auf 28 Proz. gleichkommt. Kommt nun die Maximalzollrate für Deutschland in Betracht, so erhöht sich der Zoll nach Aldrichs Vorlage um 25 Proz. des Wertes, also auf 53 Proz.! Dies wäre eine Erhöhung des Zolles um sage und schreibe 165 Proz.!! Und ähnlich sehen die Zollerhöhungen bei anderen graphischen Produkten aus.

Allerdings erscheint es fraglich, ob Amerika wirklich wagen wird, gegen die deutschen und im besonderen noch die französischen Produkte so rigoros vorzugehen, und ob diese Art Maximalzölle nicht nur ein Mittel darstellen sollen, von den Regierungen der betreffenden Staaten recht günstige Abmachungen zu erlangen. Auf der anderen Seite liegt aber auch wieder die Möglichkeit vor, daß Aldrich, der doch vollständig darin aufgeht, den großen Interessenorganisationen zu helfen, die ernste Absicht hat, mit seiner Anhängerschaft diese Bestimmung durchzudrücken. Die deutschen Agrarier und ihre politische Vertretung, die Konservativen, haben doch bei Schaffung der Zölle auch nicht nach dem Wohlfinden der Arbeiter anderer Länder gefragt.

Alles im allem ist ohne weiteres zu erkennen, daß der amerikanischen Zolltarifrevision, je länger sie dauert, immer mehr Dinge eingefügt werden, die im besonderen auch den deutschen Handel schwer schädigen werden. Dies ist für das gesamte deutsche Wirtschaftsleben von außerordentlicher Bedeutung. Betrug doch die Ausfuhr nach Amerika allein im Jahre 1908 507 Millionen Mk.! Das war also die Ausfuhr in einem Depressionsjahre, in dem Amerika sich die Mühe gegeben hat, so wenig als irgend möglich einzuführen, dafür aber umsomehr auszuführen, um dadurch die Zufuhr an Gold zu erleichtern und zu vergrößern. In normalen Zeiten ist die Ausfuhr Deutschlands nach Amerika in ihrem Werte noch viel bedeutender. Unsere Unternehmer haben dies überdies auch sehr genau und klar eingesehen, lassen sie doch jetzt mit Hochdruck arbeiten, um noch möglichst viel Waren zu den alten Zollsätzen nach der Union hinüber zu bekommen. Da werden — wir sehen es jetzt an der Papierbranche — keine Tag und Nachtschichten gescheut, um noch möglichst viel Waren vor dem 1. Juli 1909 nach Amerika zu bringen, weil zu diesem Termin voraussichtlich der Tarifbill Gesetz werden soll. Und die deutschen Arbeiter, die jetzt alle Kräfte anstrengen, mögen dann sehen, wo sie bleiben. Sie werden, wenn sie ihre Schuldigkeit getan haben, arbeitslos auf die Straße gesetzt.

K. H.

Gefängnis für zu Unrecht bezogene Verbandsgelder.

Der Lithograph P. meldete sich am Pfingstsonnabend v. J. als Mitglied unseres Verbandes bei dem Kassierer der Nürnberger Lithographen-Filiale als arbeitslos und auf die Reise gehend an. Mit der ihm durch diese Mitteilung ausgestellten Reiselegitimation erhob er dann bei dem Mitgliedschaftskassierer in Karlsruhe, seinem neuen Aufenthaltsort, die laut Statut zustehende Reiseunterstützung in der Höhe von 8 Mark. Nach Ablauf von einer Woche liquidierte er dann den Betrag von 9 Mark als Arbeitslosenunterstützung, gleichzeitig sich wieder abmeldend und zwar auf die Wanderschaft. In Wirklichkeit kam er wieder direkt nach Nürnberg, und begann acht Tage nach Pfingsten in dem gleichen Geschäft, in dem er zuvor beschäftigt war, wieder seine Tätigkeit.

Der Ortsverwaltung war nun in der Zwischenzeit bekannt geworden, daß P. nicht arbeitslos war, folglich auch nicht wegen Stellenwechsels auf die Reise brauchte, sondern daß er sich von der Geschäftsleitung nur einen Pfingsturlaub erbeten hatte, um zu seinen Eltern nach Karlsruhe zu Besuch zu fahren. Zu solchem Vorhaben sind natürlich die Gelder des Verbandes nicht bestimmt, was im Statut ausdrücklich festgelegt ist. Der Betreffende war sich dessen auch bewußt, denn sonst hätte er ja nicht die falschen Angaben machen brauchen. Die Verwaltung forderte nun infolge der zu Unrecht bezogenen Unterstützung die Rückerstattung. Mindestens 6 Briefe wurden ihm übermittelt, auf die eindringliche Vorstellung, daß sich die Sache als Betrug qualifiziere, antwortete er dreist, wenn man ihn nicht in Ruhe lasse, ermatte er Anzeige wegen Erpressung. Gegen einen ihm vom Amtsgericht zugegangenen Zahlungsbefehl erhob er Widerspruch.

Der Verband hatte an einer strafrechtlichen Verfolgung kein Interesse. Als nun aber eine Rückerstattung mit allen Mitteln bekämpft wurde, wurde in einer Vertrauensmänneritzung beschlossen, die Sache nunmehr der Polizei zur Erledigung zu überweisen. Nach längeren Erhebungen war am 30. April d. J. in Karlsruhe Verhandlung. Zu seiner Verteidigung gab er an, daß er von dem Kassierer in Karlsruhe für gezahlte Extrabeiträge gefälschte

Marken erhalten hätte, und dafür wollte er sich schadlos halten. Das Gericht verurteilte ihn wegen Betrag zu 14 Tagen Gefängnis und zur Tragung sämtlicher Kosten. Die Ansicht des Gericht über die angeblich gefälschten Marken ging dahin, daß P. die Marken selbst gefälscht hätte.

Die Gewerkschaften der graphischen Arbeiter in Grossbritannien.

Nach mehrjährigem Stocken der Entwicklung nahm die Mitgliederzahl der britischen Gewerkschaften in den Jahren 1906 und 1907 wieder rasch zu; 1908 blieb sie auf ungefähr derselben Höhe wie 1907, da der Zuwachs bei einem Teil der Organisationen durch Verluste bei anderen aufgewogen wird. Die Gesamtzahl kann jedoch für das letzte Jahr noch nicht angegeben werden. Allen Gewerkschaften gehörten an: 1898 1688531 Arbeiter, 1899 1848570, 1900 1955704, 1901 1966761, 1902 1953307, 1903 1931043, 1904 1895109, 1905 1920373, 1906 2113806 und 1907 2406746. Von den Organisierten waren 1898 117184 und 1907 201709 weiblichen Geschlechts.

Die Mehrzahl der britischen Gewerkschaften sind Lokalvereine ohne nennenswerten Einfluß auf wirtschaftlichem Gebiet; doch kommt auf diese Art von Gewerkschaften nur ein geringer Teil aller Mitglieder. Die 908 Vereine mit weniger als je 1000 Mitgliedern umfaßten zusammen nur 199621 organisierte Arbeiter, die 220 Organisationen mit je 1000 bis 10000 Mitglieder umfaßten zusammen 697941 Mitglieder; in den 45 Verbänden mit mehr als je 10000 Mitgliedern waren hingegen 1509184 Arbeiter organisiert (zwei Drittel aller Gewerkschaftsmitglieder).

Zu Ende 1907 wurden in den graphischen Gewerben und den Papiergewerben 68221 Organisierte gezählt, in den Baugeverben 193190, im Bergbau 703344, in den Metall-, Maschinenbau- und Schiffbauverben 376805, in den Textilgewerben 354427, in den Bekleidungsverben 68810, in den Transportverben 238813, in den anderen Gewerben 403136. Von den 68221 organisierten graphischen und Papierarbeitern, die sich auf 39 selbständige Gewerkschaften verteilten, waren 60449 Buch- und Steindrucker und Angehörige verwandter Berufe, 7472 Buchbinder und Rastriierer und 300 Schriftgießer. Die stärksten Verbände der Arbeiter dieser Gewerbe sind die Typographical Association (Buchdrucker; 1907 19733 Mitglieder); die London and Provincial Society of Compositors (Londoner Schriftsetzer; 12387 Mitglieder), die Bookbinders and Machine Rulers' Consolidated Union (Buchbinder; 4579 Mitglieder); die Amalgamated Society of Lithographic Printers of Great Britain and Ireland (Lithographen und Steindrucker; 4438 Mitglieder); die Scotch Typographical Association (schottische Buchdrucker; 3925 Mitglieder); die National Society of Operative Printers' Assistants (Hilfsarbeiter; 3220 Mitglieder); und die Printing Machine Managers' Trade Society (Buchdruckmaschinenmeister; 2495 Mitglieder).

Die Lithographen, Steindrucker usw. haben acht Gewerkschaften, die hier nach ihrem Gründungs-jahr geordnet angeführt werden:

London Society of Lithographie Printers, gegründet 1833; Sekretär G. Douglas, 8 East Harding Street, E. C., London (Lithographen usw. Lokalverein);

Amalgamated Society of Lithographie Printers, of Great Britain and Ireland, gegründet 1880; Sekretär G. D. Kelley, M. P., J. P., 63 Upper Brook Street, Manchester (57 Zweigvereine).

Amalgamated Society of Lithographie Artists, Designers, Engravers and Praess Workers, gegründet 1885; Sekretär R. Barnes, J. P., 20 Cooper Street, Manchester (Lithographen, Zeichner, Photo-mechaniker; 24 Zweigvereine).

Lithographie Stone and Plate Preparers' Amalgamated Society, gegründet 1889; Sekretär J. H. Dellar, Hand and Shears, Cloth Fair, Smithfield, E. C., London (Steinschleifer usw.; 2 Zweigvereine);

London Society of Lithographie Music Printers, gegründet 1890; Sekretär J. Hopkins, 15 Barclay Street, Clarendon Square, N. W., London (Musik-notendrucker; Lokalverein).

London United Society of Plate Printers, gegründet 1896; Sekretär T. Sulliff, 104 Corbyn Street Finsburg Park, N., London (Kupferdrucker, Lokalverein).

Male Relief Stampers' Trade Society, gegründet 1901; Sekretär W. G. Cannon, 76 Central Park Road, East Ham, E., London (Reliefdrucker; Lokalverein).

London Society of Music Engravers, gegründet 1901; Sekretär F. Wunnenberg, 23 Huntingdon Street, Barnsbury, N., London (Notenstecher, Lokalverein).

Alle diese Vereine und Verbände mit Ausnahme der United Plate Printers und der Music Engravers sind in Gemäßheit mit dem Gewerkschaftsgesetze eingetragen.

Der Mitgliederstand der acht Organisationen entwickelte sich von 1903 bis 1907 wie folgt:

Namen der Gewerkschaften	Mitgliederstand am Jahreschlusse				
	1903	1904	1905	1906	1907
London Lithogr. Printers	640	630	520	560	560
Amalgam. Lithogr. Printers	4099	4191	4245	4334	4438
Lithogr. Printers, Artists, Designers etc.	1154	1266	1319	1414	1566
Lithogr. Stone and Plate Preparers	196	200	185	190	143
London Lithogr. Music Printers	79	81	71	82	90
London United Plate Printers	187	186	184	185	188
Male Relief Stampers . . .	62	42	40	51	50
London Music Engravers	36	36	37	52	51

Die Gesamtzahl der Mitglieder stieg in den fünf Jahren von 6453 auf 7006, also um 553 oder 8,5%.

Ueber die Geldgebahrung liegen bloß von der Amalgamated Society of Lithographie Printers of Great Britain and Ireland Angaben vor. Ihre Jahres-einnahmen, Jahresausgaben und ihr Vermögensbestand betragen von 1903 bis 1907:

Jahr	Einnahmen		Ausgaben		Vermögensbestand am Jahreschlusse	
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1903	166,240	145,520	166,500	156,100	208,420	217,820
1904	181,500	154,100	181,500	157,600	245,220	274,290
1906	186,600	162,660	194,120		306,680	

Die Einnahmen sowie der Vermögensbestand stiegen ununterbrochen, die Ausgaben waren einmal (1905) geringer als im vorhergehenden Jahre. Auf ein Mitglied kamen an Einnahmen: 1903 45 Mk., 1907 43,74 Mk.; an Ausgaben: 1903 35,50 Mk., 1907 36,65 Mk.; an Vermögen: 1903 50,83 Mk., 1907 68,88 Mk. Die Steigerung des Vermögensbestandes, der auf ein Mitglied entfiel, war am beträchtlichsten.

Für Unterstützungen wurden hohe Summen aufgewendet, ganz besonders für Arbeitslosenunterstützung, während Streiks wenig erforderten. Der Verband zahlte: Für Streikunterstützung 1903 1500 Mk., 1904 1400 Mk., 1905 520 Mk., 1906 240 Mk., 1907 3500 Mk.; für Arbeitslosenunterstützung 1903 54840 Mk., 1904 63820 Mk., 1905 62120 Mk., 1906 58820 Mk., 1907 50760 Mk.; für Krankenunterstützung 1903 20180 Mk., 1904 19920 Mk., 1905 19660 Mk., 1906 22300 Mk., 1907 21220 Mk.; für Altersunterstützung 1903 15740 Mk., 1904 16900 Mk., 1905 21740 Mk., 1906 26780 Mk., 1907 30540 Mk.; für Ablebensunterstützung 1903 6560 Mk., 1904 7720 Mk., 1905 6420 Mk., 1906 8080 Mk., 1907 7980 Mk. Die sonstigen Ausgaben beliefen sich 1903 auf 46700 Mk., 1904 auf 46340 Mk., 1905 auf 43640 Mk., 1906 auf 41380 Mk., 1907 auf 48660 Mk. (1 Pfd. St. = 20 Mk.) — Die Kosten der Arbeitslosenunterstützung, die 1906—7 gegenüber 1904—5 zurückgegangen waren, sind 1908 infolge der abermaligen Verschärfung der Wirtschaftskrise wieder gestiegen. Die Altersunterstützung belastet den Verband von Jahr zu Jahr mehr.

H. F.

Ortsberichte.

Apolda. Die regelmäßige Bekanntmachung des Hauptvorstandes, vor Annahme jeder neuen Stellung erst Erkundigungen einzuziehen, empfehlen wir in Bezug auf Apolda allen Kollegen in ihrem eigenen Interesse besonderer Beachtung.

Die Verwaltung der Zahlstelle Weimar.
Berlin. Alle bei M. Schönherr, Privatlithographie, Badstraße, beschäftigten Kollegen (Lithographen und Andrucker) haben am Montag, den 14. Juni, die Arbeit wegen vollständig unzulänglichen Akkordpreisen niedergelegt. Die Einführung von Lohnarbeit wird gefordert. Die Firma ist für alle Kollegen gesperrt.

Die Verwaltung.
Burgstädt. Am Sonntag fand eine außerordentliche Versammlung statt, in der auf Einladung hin auch die Buchdrucker und die Buch- und Steindruckerehilfsarbeiter erschienen waren. Der Gau-leiter Kollege Leinen sprach über: „Die neuen Erscheinungen in der Entwicklung des Klassenkampfes“. Er kam zunächst auf die Macht der Junker zu sprechen und konnte den Beweis führen, daß sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Gesetze zu umgehen und zu unterdrücken suchen. Alsdann zog er eine Parallele zwischen den drei verschiedenen Unternehmerverbänden, die sich zu bekämpfen suchen im Interesse ihres Markt- und Export-geschäftes. Gilt es aber, den Arbeiterorganisationen eine Niederlage bezubringen, so gehen sie in ihrem Handeln geschlossen vor. Daß der Arbeitgeber kein Recht hat, sich diesen Namen bezulegen, wurde jüngst in einem Leitartikel in der Metallarbeiter-Zeltung treffend nachgewiesen. Nur der Arbeiter ist im wahren Sinne des Wortes Arbeitgeber, während der Unternehmer nur mit den Produkten dieses Arbeitgebers Wucher treibt und Meßwert herauspreßt. Kennzeichnend sind die Pläne des Oberschärfmachers Tille, welcher die Unternehmer-Arbeitsmache dazu benutzen will, reine Streikbrecher-Nachweise einzurichten, als auch Zentrallohnlisten sowie Personalakten zu schaffen, um den Arbeitern bei ihrem Streben nach Verbesserung ihrer Lebenslage hinderlich zu sein.

Herr Kommerzienrat Vogel-Chemnitz verstieg sich sogar soweit, daß er empfahl, die Führer der Arbeiterorganisationen auf längere Zeit hinter schwedische Gardinen zu bringen, um dadurch die führerlosen Massen dem Unternehmertum völlig preiszugeben. O's helfen wird? Die etwa einstündigen Ausführungen des Kollegen Leinen, die vieles Belehrte für alle Anwesenden enthielten, wurden mit großem Beifall aufgenommen. In der Diskussion wurde vom Vorsitzenden den Mitgliedern anheimgegeben, mehr als bisher die Versammlungen zu besuchen und die Einigkeit zu fördern. Es wäre mit Freuden zu begrüßen, wenn sich die Kollegen auch der politischen Organisation anschließen würden.

Der Lithograph.

Teil für die Interessen der Lithographen, Kartographen, graphischen Zeichner und Maler.
Redigiert von Fr. Schnetter, Hannover.

Die Kartographie.

Die Kartographie beschäftigt sich bekanntlich mit der Herstellung von Landkarten und Plänen in grober oder feiner und verschieden charakteristischer Durchführung, je nach dem Zwecke, dem sie dienen sollen. Seitdem die Menschen die Kunst des Lesens verstehen, sind Bilder zur Veranschaulichung der Erdoberfläche, der Lage bestimmter Zeichen auf ihr etc. in kleinerem Maße hergestellt worden. Vorerst waren es aber nur Einzelne (Wohlhabende und mächtige Herrscher), die ihrer bedurften, und es waren auch nur Einzelne, nämlich Weise und Gelehrte, die die Herstellung dieser Urkunden übernehmen konnten. Und diese Leute standen in hohem Ansehen beim Volke!

Als später die Druckkunst einsetzte, trat hierin eine Aenderung ein: man versuchte es, Landkarten durch Druck zu vervielfältigen. Diese Versuche waren begreiflich, denn in den Landkarten bot sich ein geeignetes Verdienstoff; sie waren sehr teuer, weil sie nur durch Handzeichnung von geschickten Leuten vervielfältigt werden konnten. Die Versuche, die Handzeichnungsreproduktion durch den Druck zu ersetzen, gelangen. Erst war der Holzschnitt das berufene Vervielfältigungsverfahren, dann wurden es der Kupfer- und der Stahlstich. Besonders der Kupferstich trug wesentlich zur höchsten Verfeinerung der Landkarten bei. In der Qualität wurden auf diesem Gebiete die Leistungen des Kupferstichs später nur annähernd durch die Lithographie erreicht, und auch nur in quantitativer Hinsicht wurde der Kupferstich im Landkartentisch durch die Lithographie und den Klischeedruck geschlagen.

Solange die Druckverfahren noch unvollkommen waren, wurden die Gelehrten, die Vermesser und Originalzeichner der Landkarten, noch hoch angesehen und auch entsprechend bezahlt. Als aber erst einige Druckfirmen gute Erzeugnisse herausgebracht hatten und nach damaligen Begriffen riesige Gewinne einstrichen, warfen sich sehr bald viele Druckunternehmen auf dieses einträgliche Gebiet. Das hatte natürlich zur Folge, daß die Karten nun bedeutend billiger wurden. Die neuern Landkartendruckereien hatten ja auch nicht nötig, in das Originalmaterial große Werte zu stecken, denn den bereits vorhandenen Landkartendruckern brauchte nur mehr oder weniger neues Material hinzugefügt zu werden. Und diese in Massen nachgedruckten Landkarten fanden guten Absatz, sie standen neben ihrer größeren Billigkeit auch an Güte den Drucken der Urheber nicht nach. Die Nachdrucker gaben keine Mittel für Forschungsreisende und Geographen aus: sie beuteten bereits vorhandene Quellen aus und zwar meistens unter Leitung von einer oder höchstens nur zwei Personen, sogenannten Tischgeographen. Diese Tischgeographen vergaben nun wiederum die Arbeiten an untergeordnete, unter ihrer Aufsicht stehende Zeichner, die oft nur das Kartenbild in der Wiedergabe der Signaturen und Farben zu ändern brauchten. Noch heute treffen wir dieses System vereinzelt an, doch hat sich die Lage der Beteiligten sehr verschlechtert. Noch heute werden, wenn auch bloß in wenigen Geschäften, Vorlagen für den Stecher gezeichnet. In der Vergangenheit wurde früher eine verständnisvolle exakte Bearbeitung der Zeichnung verlangt, worauf heute in vielen Fällen nicht mehr viel gegeben wird.

Selbst dem größten Teil der Lithographie das kartographische Gebiet beherrscht, ist es eben anders geworden. Der Kartolithograph, angezogen durch die bessere Bezahlung der Zeichner, hat sich entbunden, auch die Herstellung der Zeichnung zu übernehmen. Und schließlich ist es soweit gekommen, daß man vom Kartolithographen heute in der Regel verlangt, daß er auch das nötige Verständnis für ein der Wissenschaft entsprechendes Kartenbild habe; er soll nach grob skizzierter Zeichnung dasselbe wie ein wissenschaftlich gebildeter Zeichner hervorbringen können. Mehrere Schundfirmen machen es sogar so, daß sie das Kartenmaterial anderer Firmen einfach photographisch in dem gewünschten Maßstabe verkleinern oder vergrößern lassen; der Lithograph muß ohne vorherige Zeichnung und Skizze das, was gerade von dem Material verwendet werden soll, direkt auf den Stein übertragen. Dabei sind die Löhne der Kartolithographen

— muß richtiger heißen *Kartographen*, denn sie müssen nun auch den Zeichner ersetzen — nicht so gestiegen, daß sie etwa die Höhe erreicht hätten, die herauskommt, wenn man den Lohn des ehemaligen Zeichners und den des ehemaligen Lithographen zusammenrechnet und durch zwei teilt. Bewahre! Die Löhne eines Kartographen stehen im Durchschnitt heute niedriger, als vor Jahrzehnten die Bezahlung der Lithographen war.

Selbstverständlich ist auch der Zeichner, wo er noch nicht ganz verschwunden ist, fast allgemein dem Kartolithographen in der Tiefe der Bezahlung nahe gekommen, doch sind auch immer noch Gegensätze vorhanden. So haben wir das schöne Bild, daß in einem Institut Zeichner 200 bis 400 Mk. Lohn in einem Monat erhalten, wohingegen sich solche in andern Geschäften mit 90 bis 200 Mark begnügen müssen. Dabei werden in dem einen wie in dem andern Geschäft beinahe gleichwertige Leistungen verlangt. Daß diese Gegensätze verschwinden, dafür sorgen die Unternehmer und auch die Kollegen selbst. Natürlich wird der Ausgleich so herbeigeführt, daß die höheren Löhne auf das Niveau der niedrigen hinabgedrückt werden.

Die Kollegen tragen selbst zu diesem Ausgleich bei, weil sie sich zum Spielball der Unternehmer machen lassen. Die Kartolithographen übernehmen freiwillig Arbeiten, ohne auf eine gehörige Bezahlung zu drängen, zum Schaden der Mitkollegen, der Lithographen und Zeichner. Oder man steht gleichgültig zu, wie Nebenkollegen andre unter den Tisch arbeiten. Die Berufslage wird auch schon dadurch gedrückt, weil sich die Masse der Berufsgenossen, die der Organisation noch fernsteht, nicht über die einzelnen Verhältnisse orientieren kann!

Wie die Kollegen durch billiges Arbeitskraftangebot die Gesamtlage drücken können, das zeigt ein Fall treffend. Ein verheirateter Kartolithograph, jetzt »Kartograph«, der das Examen zweier fremder Sprachen gut bestanden hat, die Konstruktions- und Terrainlehre beherrscht und praktisch anwendet, arbeitet für einen Monatslohn von — 120 Mark. Dieser Kollege hat dauernde Stellung, und der Unternehmer verlangt von den übrigen Kollegen nun auch mehr.

Die Zeichner müssen sich unbedingt mehr zum Kartolithographen herablassen und Hand in Hand mit ihm handeln, wenn sie sich eine günstige Position sichern wollen. Sie dürfen nicht zum Unternehmer rennen und sich über jeden Quark beschweren oder diesem gar vorrechnen, in welcher viel kürzern Zeit die Lithographie herzustellen sei.

Wie gesagt, die Kollegen sollten mehr kollegial handeln und sich zusammenschließen! Sie sollten daran denken, wie durch den Zulauf zu unsern Reihen in zehn Jahren die doppelte Anzahl Gehilfen vorhanden sein kann; sie sollten daran denken, wie schwer es schon heute ist, lohnenden Verdienst zu finden, ohne nicht geradezu die Gesundheit zu opfern und die Kollegen zu bestehen!

Die mechanischen Kopierverfahren haben zwar der Kartographie bis jetzt wenig Abbruch getan, weil durch sie junge, schlecht ausgebildete Kollegen als Liniennachzieher einen Erwerb bekommen haben. Andernfalls müßten sie als aufreizendes Beispiel einer skrupellosen kapitalistischen Lehrlingsausbeutung umherlaufen. Aber Kollegen, kann uns die Zukunft nicht doch noch Vervielfältigungsmittel beschaffen, die die kostbare Ausführung in Lithographie überbrückt? Wie wäre es, wenn sich durch ein ähnliches Verfahren, wie es der Lichtdruck ist, die Druckleistung in der Qualität wie auch in der Quantität höbe? Wieviel Arbeitskräfte würden durch ein solches neues Verfahren nicht erübrigt werden? Und wieviel Lithographen würden sich finden, die sich auf die Anfertigung von Originalzeichnungen wüßten?

Die Kollegen dürfen nicht glauben, daß wir dann dem vorbeugen könnten! Jetzt können wir noch dafür sorgen, daß unsere Reihen nicht allzusehr wachsen, jetzt können wir uns noch gegen solche Söße wappnen. Darum handelt bei Zeiten, Kollegen, handelt wie Männer und organisiert euch!

Wilhelm Kelb.

Der Steindruck.

Teil für die Interessen der Stein-, Zink-, Aluminium- und Notendruckereien.

Eine Musteranstalt.

Die Vorgänge in der Firma Fr. Dietz veranlassen uns, sie einmal näher zu beleuchten. Kollegen, die hier einmal tätig waren, werden sich des Auch-Kollegen Zweigele sicherlich erinnern. Nachdem uns das Geschäft durch diesen Herrn vor Jahren viel zu schaffen gemacht hat, ist er einmal in die Fremde oder sonst wo hingegangen. Auf dieser Tour hat er einen unserer tätigen Kollegen in Wesel kurz vor dem Weihnachtsfest aus der Stellung gebracht. Sicher ein sehr tapferes Beginnen. Nachdem nun die verschiedenen Gastrollen (denn vier Umzüge machten sich in kurzer Zeit nötig) verstiegen, landete Zweigele wieder in Düsseldorf bei der Firma Dietz. War es schon in der Zwischenzeit nicht rosig in dem Kunsttempel, so wurde es jetzt miserabel. Die Behandlung unterscheidet sich von der im Zuchthaus nicht wesentlich. Ein Kollege, der drei Jahre lang seine Pflicht erfüllt hat, muß jetzt

gehen, weil er angeblich den Anordnungen des Zweigele nicht Folge leistet. Auf Deutsch gesagt: kennt der Kollege die früheren Anlegerinnen-Liebschaften des Herrn Ober; warum sollte er jetzt nicht unangenehm sein! Ein anderer Kollege, der nach dem Glockenschlag seine Arbeitshose wechselte, erhielt 10 Pf. abgezogen. Die Kollegen können unmöglich selbständig arbeiten, da der Herr Ober ununterbrochen räsoniert und alles besser weiß. Die Umdrucke werden meistens von ihm so aufgesteckt, daß die Drucker nicht damit fertig werden können. Statt nun den Umdruck neu zu machen, nimmt der Herr Ober den Meißel und schlägt das Zuviel vom Stein weg, damit die Greifer passen! Wollte man die Nadelstiche alle schildern, so könnte man ein Buch voll schreiben. Der Herr Prokurist ist aus demselben Holz geschnitten. Wir empfehlen den Kollegen die Kunststempel aufwärme. Wenn man reingefallen ist, dann ist es gewöhnlich zu spät, darum merke sich ein jeder die Empfehlung. Unorganisierte, die sich alles gefallen lassen, sind den Herren natürlich am genehmsten; aber auch davon gibts nicht mehr viele!

Die photomech. Fächer.

Teil für die Interessen der Chemigraphen, Reproduktionsphotographen, Lichtdrucker, Kupfersticher u. -Drucker.

Der Mann mit dem warmen Herzen.

Eine in den Kreisen der Litho- und Chemigraphen wohlbekannte Firma ist die litho- und chemigraphische Anstalt von C. Wittstock-Leipzig, deren Inhaber, Herr Wittstock, es stets meisterhaft verstanden hat, in seinem Interesse keinen Zusammenhalt unter seinen Arbeitern aufkommen zu lassen. Auch auf den Gewerbe- und Schiedsgerichten ist Herr Wittstock eine bekannte Erscheinung. Natürlich bringt ihm nur sein warmes Herz, das so vielfach verkannt wird, mit dem Gerichten in Konflikt. So hatten sich die Schiedsgerichtsinstanzen in Leipzig mit Herrn Wittstock schon zu befassen wegen Nicht-einhaltung der tariflichen Mindestlöhne, doppelter und dreifacher Kontrolle, Maßregelung eines Vertrauensmannes, und fast jedes Jahr zu Ostern wegen Ueberschneidung der Lehrlingskala. Hier ist es auch wieder das warme Herz des Herrn Wittstock, das es ihm unmöglich macht, einem Vater die Bitte um Unterbringung seines Sohnes als Lehrling abzuschlagen. Am liebsten bindet er die Lehrlinge auch noch nach Beendigung der Lehrzeit ein Jahr kontraktlich, weil eben »mein Herz für die Arbeiter es nicht zuläßt, sie nach Beendigung der Lehrzeit sich selbst zu überlassen«.

Ueberhaupt spielt das warme Herz des Herrn Wittstock eine große Rolle, d. h. nach außen. Nimmt man aber die Arbeitsordnung der Firma zur Hand und betrachtet man das dort herrschende Truksystem, dann merkt man von den warmen Herzen des Herrn Wittstock nichts. Das sieht man so richtig an den jetzt begangenen Tarifdurchbruch der Firma. Weil die dortigen Chemigraphen auf Erfüllung oder Anerkennung ihrer tariflichen Vereinbarungen drängen, wurden sie einfach sämtlich gekündigt. Folgender Tatbestand liegt der Sache zugrunde.

Einem Aetzer, der 10 Monate bei der Firma beschäftigt war, wurden für zwei zu hell geätzte Postkarten 11 Mk. in Abzug gebracht. Er reichte Klage beim Schiedsgericht ein, das auch die Firma zur Herauszahlung der 11 Mk. verurteilte, weil es grobe Fahrlässigkeit nicht feststellen konnte. Aber Herr Wittstock, der sonst die für ihn günstig lautenden Urteile anerkannte, stellte sich aus Prinzip, auch nach Intervention des Tarifamtes auf entgegen-gesetzten Standpunkt und kündigte, wie oben angeführt, sämtlichen in der chemigraphischen Abteilung Beschäftigten am 28. Mai. Sie nahmen auch die Kündigung an und traten am 11. Juni aus dem Geschäft aus.

Das ist wieder ein Beweis, das man nicht zweien Herren dienen kann. Man kann eben nicht auf der einen Seite als Mitglied des Bundes der chemigraphischen Anstalten den Tarifrechtlichen mimen, und auf der anderen Seite als Schutzverbandsmitglied alle tariflichen Vereinbarungen ablehnen und den »Herrn im Hause« spielen! Herr Wittstock machte diese Doppelstellung allerdings bisher keine Beschwerden. Für ihn ließe es: die Hauptsache ist, daß ich dabei auf meine Kosten komme!

Der Mann mit dem warmen Herzen sucht nun N. V. in verschiedenen Tageszeitungen. Unsere Aufgabe muß es sein, den aufgezogenen Kampf den Firma Wittstock gegenüber mit aller Schärfe durchzuführen, um ihr zu zeigen, daß wir nach wie vor gewillt sind für die Aufrechterhaltung unseres Tarifes einzutreten.

Die Firma Wittstock ist für Chemigraphen gesperrt!
K. . . .

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachstuch-, Zeug- und Seidendrucker.
Arbeitsnachweisbüro: C. Schubart, Berlin N. 20,
Baustraße 26.

O schöne Zeit!

So können die Formstecher jetzt wieder ausrufen, denn voraussichtlich setzt dieses Jahr die unaussprechliche Krise mit aller Wucht ein. Waren wir bisher von der allgemeinen Depression noch ziemlich verschont geblieben, so kann man jetzt sehen, wie in einigen Mitgliedschaften die Kollegen schon wochenlang aussetzen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so wird dieses Jahr, das Krisenjahr 1902 bei weitem übertreffen und die Entlassungen und das wochenlange Feiern werden bald auf der ganzen Linie einsetzen. Jetzt, wo sich die oberen Zehntausend in den Bädern und Sommerfrischen ihres Lebens freuen, kommen für den Formstecher die herzerreißenden Sorgen um sein tägliches Brot.

Eine Zeit des Erholens käme den Formstecher auch redlich zu; leider ist er aber in der heutigen Gesellschaft dazu verdammt, von der Hand in den Mund zu leben. Trotzdem der Formstecher diesen Winter seine Augen und Nerven oft bis spät in die Nacht hinein bis aufs höchste angestrengt hat, um dadurch für seine Familie einen einigermaßen anständigen Lohn herauszuschlagen, konnte er sich doch nichts erübrigen, um sich von dieser Nervenzerrüttung einige Wochen zu erholen. Die außerordentliche Steigerung der Lebensmittel, Mieten, Steuern usw. hat diesen Mehrverdienst vollständig wieder aufgezehrt.

In alledem liegt auch der Grund, daß es noch Formstecher gibt, die da glauben, im Winter an Arbeit mehr leisten zu müssen wie die übrigen Kollegen, um sich den Prinzipal dadurch ergeben zu zeigen und dann im Sommer nicht auf Pfahler gesetzt zu werden. Der Prinzipal sein Ziel konsequent verfolgend, unterstützt mit innerlicher Freude ein solches Treiben, indem er diesen Leuten ab und zu einen freundlichen Blick zuwirft oder ein joviales Scherzwort wechselt. Für solche Stecher aber, welche dieses Treiben nicht mitmachen können, weil sie sich der Schädlichkeit bewußt sind, ist es schwer sich zu behaupten.

Wie ein Detektiv schleichen sich manchmal der Prinzipal oder seine Söhne die Treppen hinauf, um plötzlich wie aus den Wolken gefallen hinter den Stechern zu stehen. Wehe dem, der gerade beim Aufblicken oder Sprechen getroffen wird. Wenn es nicht gleich eine preußische Lektion absetzt, dann wird dieser Verbrecher im Verbrecherbuch aufbewahrt, bis sich die Gelegenheit zur Sühnung günstig erweist.

Wenn natürlich die Formstecher einer Werkstätte noch glauben, solche Prinzipale als die humansten bezeichnen zu müssen, oder wenn andere wieder ihre Werkstätte als die beste bezeichnen, so wäre der betreffende Prinzipal schön dumm, wenn er nicht bei jeder Gelegenheit oder bei Neueinstellungen den Gehilfen immer wieder in die Ohren posaunte: Ich bin doch der humanste Prinzipal! oder: Meine Werkstätte ist die beste in ganz Deutschland, gleich gute Verhältnisse finden sie doch nirgends! Nichts ist ihm lieber, als sich dabei auf das Zeugnis einiger seiner Gehilfen berufen zu können.

Unsere Lehrlingsabteilung scheint vielen Unternehmern arge Kopfschmerzen zu machen. Einige empfehlen daher ihren Lehrlingen die Mitgliedschaft in bürgerlichen Sportvereinen, damit den jungen Leuten nur ja nicht der Glaube erweckt wird, daß auch sie zu der ausgebeuteten Klasse gehören. Dies muß ein Ansporn für unsere Verbandskollegen sein, die Lehrlinge, die noch nicht der Abteilung angehören, recht bald zum Beitritt zu bewegen. Bekommen die Lehrlinge doch bei dem ganz geringen Beitrag, bei eventueller Krankheit eine 13- bis 26 wöchentliche Unterstützung von 5 Mk.

Die sonstigen Praktiken, wie sie heute in so mannigfacher Art unsere Prinzipale anwenden, um die Formstecher niederzuhalten, brauche ich wohl nicht zu wiederholen. Ich empfehle nur jedem den Artikel in unserer Zeitung vom 21. Mai: »Mehr Energie!« Möchten doch hieraus die Formstecher endlich einmal die Lehre ziehen, daß diese Uebelstände nur durch eine geschlossene und vor allen Dingen durch einige Macht zu beseitigen sind. Diejenigen Kollegen, welche durch den Druck des Kapitals dazu gezwungen waren, die Unterstützungen des Verbandes in Anspruch zu nehmen, wissen diese von Arbeitern gegründete Institution zu schätzen. Darum sollten die Verbandskollegen niemals erlahmen, die uns noch Fernstehenden davon zu überzeugen, daß wir vereinzelt nichts, aber vereint alles sind!

Für alle Kollegen die es erstlich mit der Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage meinen, muß daher die Parole lauten: Hinweg mit allen kleinlichen und egoistischen Streitigkeiten, geschlossen mit unseren Mitkollegen für die Verbesserung unserer Lage eintreten! Durch Kampf zum Sieg!

xyz.

Aus den Sektionen.

Bramsche. Die in No. 23 gemeldeten Differenzen in der Firma Gebr. Rasch sind beigelegt. Hatte es anfangs den Anschein, als sollten ernste Differenzen entstehen so hat sich im Laufe der Verhandlungen das Blatt doch gewendet. Zwar wurde dem Gauleiter unseres Verbandes erklärt, daß die Firma mit der Kündigung keine Maßregelung beabsichtigt habe, sondern daß sie die Formstecherei aufgeben wolle, da die Arbeiten in Privatsterehereien bedeutend billiger herzustellen seien. Später bequeme die Firma sich aber dem Ausschuß gegenüber zu dem Geständnis, daß die Kündigung der Formstecher erfolgt sei, weil die Drucker vor einiger Zeit die Überstunden verweigert hätten (hierzu sollten die Formstecher die Drucker aufgenutzt haben). Arbeitsmangel sei nicht vorhanden. Für die Arbeiterschaft war dieses Geständnis von großem Nutzen, wußte man nun doch ohne Zweifel, daß die Maßnahmen der Firma sich nur gegen die Organisation richteten. Infolgedessen waren sich alle dort beschäftigten Arbeiter auch sofort einig, daß dieser Schlag abgewehrt werden müsse. Sie beschlossen, wenn die Kündigung nicht zurückgenommen wird, sich mit den Gemafregelten solidarisch zu erklären und die Kündigung einzuziehen. Als der Ausschuß dann sah, daß Herr Rasch keine Zugeständnisse machen wollte, wurde die Kündigung sämtlicher Formstecher, Drucker und auch des größten Teiles der übrigen Arbeiter überreicht. Dies Vorgehen verfehlte seine Wirkung nicht. Sofort war man zu Verhandlungen bereit, mit einem Schläge war der Arbeitsmangel beseitigt, die gekündigten Kollegen konnten wieder bleiben, außerdem wurde für die Drucker eine Viertelstunde Vesperpause und 20 Prozent Aufschlag für Überstunden bewilligt. Der entlassene Drucker wird, sobald wieder Arbeit vorhanden ist, eingestellt; der Arbeiterausschuß wird in Zukunft in allen die Arbeiter betreffenden Angelegenheiten gehört. Bei dieser Bewegung haben wir wieder einmal so recht gesehen, was eine gut organisierte Arbeiterschaft zu erreichen vermag. Das sollte ein Ansporn sein, namentlich für die Tapetendrucker, sich einmütig der Organisation anzuschließen.

Feuilleton.

Die Entwicklung der europäischen Gesellschaft.

Die Oberstufe der Barbarei.

III (Schluß).

So waren denn die Besitzenden jener Zeit glücklich dahin gekommen, nahezu ausschließlich für den Austausch zu produzieren. Und zwar nicht nur für den Tausch von Stamm zu Stamm, wie zu Anfang des Handels, sondern für den Austausch innerhalb des Stammes. Man ließ nicht mehr arbeiten, um die eigenen Bedürfnisse zu befriedigen, sondern man ließ arbeiten, um verkaufen, um Profit machen zu können. Die Profite wurden durch einen sich andauernd steigenden Luxus in der Lebensweise verschwendet. Nur ein geringer Teil konnte zur Anschaffung neuer oder zur Ergänzung verbrauchter Produktionsmittel verwendet werden, denn die Produktionsmittel waren ja verhältnismäßig billig. Die Einrichtung eines Schuppens als Arbeitsraum und einiger Wohnhütten für die Sklaven sowie die Anschaffung der einfachen Werkzeuge genügten zur Erweiterung eines Betriebes. Das kostspieligste Produktionsmittel war noch der Sklave selbst, den die Herrschaft der Warenproduktion ebenfalls zu einer Ware gemacht hatte, die gekauft werden mußte. Also nur ein geringer Teil der Profite wurde zur Förderung der Produktion verbraucht, während der größte Teil von einem unproduktiven Luxus verschlungen wurde. Dadurch kam es, daß gar bald jene Industriellen, die ihre Betriebe in den Dienst der Befriedigung dieser Verschwendungssucht stellten, die großartigsten Geschäfte machten.

Es ist klar, daß die Sucht nach ständiger Vergrößerung der Profite eine Verschärfung der Sklavenausbeutung zur Folge haben mußte. Die Sklaven wurden jetzt, wenigstens solange sie billig waren, in der entsetzlichsten Weise geschunden.

Außerdem brachte die Profitwirtschaft eine neue Klassenscheidung mit sich: Neben der Klasse reichgewordener Sklavenausbeuter stand nun eine Klasse ärmerer Volksgenossen, denen das Glück weniger hold gewesen war.

Der Warenaustausch entwickelte sich mehr und mehr. Um ihn betreiben zu können, war es nötig, die Länder mit einem Netz von Straßen zu überziehen und die Verkehrsmittel zu Wasser und zu Lande ständig zu verbessern. Der Schiffsbau erlebte dadurch einen ungeheuren Aufschwung. Die gewaltigen, von einer großen Anzahl von Sklaven betriebenen Galeeren durchkreuzten das Mittelmeer, das Weltmeer jener Zeit, nach allen Richtungen.

An den Kreuzungspunkten der großen Straßen entstanden die Städte; sie gingen hervor aus ummauerten Stapelplätzen der Waren und wurden gar bald Sitz des Handwerks und Zentrale eines glänzenden Geisteslebens, das sich zu entwickeln begann.

Die glänzende Entwicklung von Wissenschaft und Kunst, durch die sich ganz besonders das antike Griechenland auszeichnete, war ebenfalls nur möglich, durch die oft gekennzeichnete Hebung der Produktion. Sie allein machte es, wie wir sahen, möglich, daß sich eine Klasse von Wohlhabenden bildete, die nicht unmittelbar an der produktiven Arbeit teilzunehmen brauchte. Die Besten dieser neuen Klasse hatten also hinreichend Muße zur Pflege von Kunst und Wissenschaft und damit der geistigen Leitung der Produktion. In einem späteren Stadium der Entwicklung, in dem der zentralisierte Staat entstand, fiel ihnen auch die Sorge für dessen Verwaltung zu. Sie wurden damit zur herrschenden Klasse. Große Teile dieser herrschenden Klasse nahmen sich auch ausschließlich der Führung im Kriege an, wie wir noch sehen werden.

Fernerzeitig das Aufblühen des Warenaustausches das Bedürfnis nach einem allgemeinen Tauschmittel, einer allseitig begehrten Ware. Anfangs galt das Vieh oder das Edelmetall in Barrenform als solches, später entstand sodann das Geld.

Das ganze Leben gestaltete sich abwechslungsreicher als früher. Große Ereignisse, die die allgemeine Aufmerksamkeit fesselten, waren nun an der Tagesordnung. Das Bedürfnis, bemerkenswerte Vorgänge aufzuzeichnen und der Nachwelt zu überliefern, ließ die Buchstabenschrift entstehen.

Der steigende Reichtum fortgeschrittener Völker war leicht imstande, die Begehrlichkeit milder begüterter Nachbarn zu erregen. Jene waren infolgedessen fortgesetzten kriegerischen Angriffen solcher Nachbarn ausgesetzt. Diesen Verteidigungszustand, in dem sich die besser situierten Völker stets befinden mußten, gab den Führern im Kriege große Bedeutung.

Aber der Krieg lieferte Sklaven, was den Preis derselben herabdrückte. Ihrer Einstellung in größerer Zahl stand nichts mehr im Wege. Diese wiederum steigerte die Produktion und damit das Bedürfnis nach immer neuen Sklavenscharen. Um sie zu erlangen, griff man schließlich selbst die Nachbarn an. Daneben galten Krieg und Plünderung als die billigsten und ehrenhaftesten Methoden, um zu den Rohstoffen zu gelangen, deren man in der Produktion bedurfte.

Krieg und Raub spielen also in den Gemeinwesen der Oberstufe der Barbarei eine hervorragende Rolle. Daraus ergab sich die eigenartige Verfassung dieser Gemeinwesen, die ganz auf die Pflege des Krieges zugeschnitten ist, weshalb man sie als militärische Demokratie bezeichnet hat. Der Heerführer war in ihr eine ständige, unentbehrliche Einrichtung. Seine Wichtigkeit beförderte ihn an die erste Stelle des Bundes von Stämmen, die sich zu einem Gemeinwesen zusammengefaßt haben: er wurde zum König. Anfangs wurde er noch durch die Wahl der Volksgenossen auf seinen Posten gerufen, später wurde seine Würde erblich. Auch alle übrigen Beamten des Gemeinwesens wählte die Versammlung der freien Volksgenossen. Erst gegen Ende der Barbarei gelang es den Unterführern im Kriege, sich höheren Einfluß zu verschaffen. Aus ihnen bildete sich eine Kaste von privilegierten, die bald alleinigen Anspruch auf die staatlichen Posten erhoben: der Adel entstand. Wir erkennen in ihm dieselbe Schicht reicher Ausbeuter wieder, die wir schon oben kennen gelernt. Die Gemeinwesen aber wurden immer bedeutungsvoller, ihre Organisation konnte infolge des Zusammendrängens vieler Menschen auf einen Raum und der Verbesserung der Verkehrsmittel immer straffer zentralisiert werden, was den Einfluß der herrschenden Schicht ständig erhöhte.

Zur Heeresfolge waren zunächst alle freien Volksgenossen verpflichtet und bereit; denn Krieg und Raub versprachen Beute und galten außerdem als ehrenvoller wie die Arbeit, die als eine Tätigkeit Unfreier verpönt war. Späterhin ging die Wehrkraft des Volkes durch zunehmende Scheu vor der Arbeit derart zurück, daß die Heeresverfassung umgewandelt werden mußte. Auch war die allgemeine Pflicht zur Landesverteidigung den Besitzenden unbequem geworden. Sie benutzten daher ihre Macht im Staate, um sie zu beseitigen. Dadurch wurde auch die Kriegführung zu einem Geschäft und das Berufsheer entstand.

Damit hat uns die Betrachtung der Entwicklung der Produktionsweise und der Gesellschaftsorganisation aber schon über die Barbarei hinaus und in die Zivilisation hineingeführt. Schon die Einführung

der Geldwirtschaft und der Buchstabenschrift, von der wir oben schrieben, ist als ein Symptom der Zivilisation, der der Barbarei folgenden Epoche, zu betrachten. Dasselbe gilt von dem straff zentralisierten, auf der Herrschaft der Besitzenden beruhenden Staat, also dem *Klassenstaat*. Er entsteht an der Scheidengrenze von Barbarei und Zivilisation. Seine Aufgabe ist von vornherein Schutz und Sicherung der erworbenen RechtmäÙigkeiten der Einzelnen gegen etwaige Rückfälle in den Kommunismus der Barbarei oder in die »Barbarei des Kommunismus.« Weitere Vorboden der nahenden Zivilisation sind die Städte. In seinem bekannten Buche über den »Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates« sagt Friedrich Engels von den Städten: »In ihren Oräben gähnt das Grab der Gentilverfassung, und ihre Türme ragen bereits hinein in die Zivilisation.«

Der Zivilisation blieb es vorbehalten, alle die auf der Oberstufe der Barbarei emporgekommenen Neuerungen in der Produktionsweise und der Gesellschaftsordnung, die Sklavenausbeutung, die Klassengegensätze und den Klassenstaat, fortzuentwickeln und auszubauen. Dazu schuf sie durch eine neue Arbeitsteilung eine *weitere Gesellschaftsklasse*, nämlich die der Kaufleute. Sie beschäftigen sich *nur noch* mit dem Warenaustausch, wobei sie Produzenten und Konsumenten in gleichem Maße zu bewuchern suchten.

Mit der Zivilisation beginnt das geschichtliche Zeitalter, denn die Erfindung der Buchstabenschrift macht es, wie wir sehen, nunmehr möglich, die Zeitereignisse zu notieren und zu überliefern. An der Hand dieser Ueberlieferungen wollen wir daher in einem folgenden Artikel versuchen, die Anfänge der Zivilisation und den Verlauf der ersten Jahrhunderte der zivilisierten Epoche, wie sie sich bei den verschiedenen Völkern Europas vollzogen, in großen Zügen zu schildern.

Moderne Buchkunst.

1.

Bis jetzt hörte man immer noch oft die Ansicht an, sei nicht gut möglich, bei *wissenschaftlichen Werken* die Bestrebungen der modernen Buchkunst zur Anwendung und Durchführung zu bringen — oder höchstens zum Teil, vielleicht beim Einband, Vorsatz, den Titelblättern und bei einigen Teilen des Inhalts. Daß aber auch ganze wissenschaftliche Werke, sogar mehrbändige, von Anfang bis zu Ende sehr gut nach den Bestrebungen der modernen Buchkunst ausgestattet, illustriert und gedruckt werden können, beweisen verschiedene in letzter Zeit erschienene Werke, denen wir kurz näher treten wollen. Denn für die graphischen Berufe ist es durchaus nicht gleichgültig, ob bei der Herausgabe neuer illustrierter Unternehmen, die der Wissenschaft dienen sollen, die modernen Bestrebungen auf buchgewerblichem Gebiete Berücksichtigung finden können oder nicht. Können sie es, so haben wir den Vorteil von neuen und schönen Aufträgen, die auch in künstlerischer Beziehung uns nur nützen werden.

Im Verlage von Martin Oldenburg-Berlin ist eine *»Illustrierte Geschichte des Kunstgewerbes«* erschienen, von der der erste Band komplett vorliegt, der zweite im Werden begriffen ist, was aber von einem Urteil über das ganze Werk uns nicht abzuhalten braucht. Schon der vornehmste Einband

besticht uns, der mit seinem Pergament und dem Gold- und Schwarzdruck eine diskrete Farbenzusammenstellung zeigt, die durch den einfachen, aber künstlerischen Entwurf der Einbandzeichnung von Prof. Orlik noch erhöht wird. Der Vorsatz ist ganz weiß im Papierton geblieben, nur eine schmale ornamentale Leistenzeichnung faßt die Seiten ein. So findet der hellgraue Ton der Pergamenteinbanddecke in dem weißen Grundton des Vorsatzes eine harmonische Ergänzung, die sich auch in den Titelblättern fortsetzt, da sie auf ähnliche Weise ausgestattet sind. So wird man gut eingeführt in den Inhalt; man möchte sagen: Einband, Vorsatz und Titelblätter machen in ihrer harmonischen Durchführung, die rein künstlerisch wirkt, Stimmung für den Inhalt des Werkes.

Was das gefällige Äußere verspricht, hält bei dem Werke auch getreulich das Innere. Es ist ein Genuß, die sauber gedruckten Seiten mit ihren vielen interessanten Abbildungen zu durchblättern. Daß immer am Stirnteil jeder Seite die Illustrationen platziert wurden, und der Satz des Textes dann darunter, macht nicht bloß einen angenehmen Eindruck, sondern verleiht auch dem Seitenbilde an sich Ruhe und eine gewisse Schönheit, welche Eindrücke im Leser sich verstärken, da im ganzen Werk diese absichtliche Zusammenstellung von Abbildung und Text konsequent durchgeführt ist. So macht das Werk einen schönen geschlossenen Eindruck im Ganzen, um den ihn manches der heutigen illustrierten Prachtwerke beneiden kann, bei denen besser und leichter das geschlossene Seitenbild hätte erreicht werden können, wenn es die Herausgeber so verstanden hätten wie in diesem Falle.

Sämtliche Abbildungen des Werkes sind in Autotypie hergestellt worden. Da fast jede Seite ein oder zwei, auch manchmal drei Abbildungen besitzt, so kann man sich einen Begriff machen, was dieser Auftrag für die Autotypie bedeutet (jeder der drei Bände hat ca. 600 Seiten). Dazu kommen noch die vielen Tafeln mit Vollbildern in ein- und mehrfarbigem Druck. Bei der Herstellung dieser Abbildungen konnte die Autotypie sich so recht entfalten, noch dazu sie den Tonplattendruck als Hilfsmittel heranzog. Die Vorteile der Tonplatte sind hier in verständnisvoller Weise ausgenutzt worden. Teils benutzte man sie hier zur Deckung indifferentere Hintergründe, um die dargestellten Gegenstände besser herauszubekommen, teils wurde sie als Vollplatte zum Ganzunterdruck gebraucht. Bei verschiedenen Tafeln hat man auch mit dem Raster zerlegte Tonplatten genommen und natürlich damit noch eine vertiefere Wirkung erzielt.

Besonderes Interesse nötigen uns die bunten Tafeln des Werkes ab, diese sind Citochromien, welches Verfahren ja den Lesern der »Gr. Pr.« bekannt sein dürfte. Diese farbigen Bilder, Glasachen, Pokale, Vasen usw. darstellend, machen einen recht sympathischen Eindruck in den Farben. Das Verfahren ist jetzt insofern verbessert worden, daß als Vorlagen für die Aufnahmen zu den Negativen der Gegenstand selbst benutzt wird, während dies bisher nach kolorierten Photographien geschah. Die Citochromie-Tafeln des Werkes sind also jetzt direkte Reproduktionen nach der Natur. Und man kann wohl sagen, daß zu farbigen Wiedergaben der hier dargestellten kunstgewerblichen Gegenstände das Verfahren gut zu verwenden ist.

Diese Illustrations-tafeln des Werkes passen sich gut den Textseiten an; sie fallen durchaus nicht aus dem ja beabsichtigten ruhigen Gesamtbilde des ganzen Werkes heraus. Es war gut, daß kein zu stark glänzendes und gestrichenes Papier für den Druck genommen wurde. Die sehr feinnetzigen Autotypien hätten ja auf diesem ohne Zweifel viel

besser und effektvoller gewirkt und auch klarer gedruckt. Allein die Haltbarkeit des Werkes ist hier erwogen worden und dieses hier benutzte wenig satinierte, strichfreie Papier tut auch dem Auge wohl. Nicht der Druck, sondern das Papier ist hier die Ursache geworden, daß die Autos im allgemeinen etwas zu schwer wirken, was in Anbetracht der Vorteile des guten Papiers aber wohl in Kauf genommen werden kann. Schade, daß sich bei den Citochromien immer noch eine leichte Moireebildung zeigt, die bei Mitteltönen besonders störend ins Auge fällt. Wenn man beschreiben sollte, würde man sagen, es sieht wie lauter kleine Kreise aus, oder wie ein Drahtnetz. Daß trotz Drehung des Rasters bei jeder der vier Aufnahmen zur Citochromie sich doch dieses Moiree noch bildet ist unangenehm für das sonst so leistungs-fähige Verfahren.

Der textliche Inhalt des Werkes schildert in interessanten Abhandlungen aus der Feder von bewährten Fachgelehrten die Entwicklung der Geschichte des Kunstgewerbes von den frühesten Zeiten bis jetzt. Wir lernen von den Kulturvölkern des Altertums kennen, was sie schon Schönes im Kunstgewerbe schufen, sehen das Mittelalter mit seinem großen kunstgewerblichen Wirken und bekommen den besten Einblick in das 18. und 19. Jahrhundert und unsere moderne Zeit. — Das lehrreiche schöne Werk wird trotz seines nicht niedrigen Preises sich doch Freunde genug erwerben. Für diejenigen, die im Kunstgewerbe stehen, wird es unentbehrlich als Ratgeber und Lehrmeister sein.

Eingänge.

In Freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin.

Die Hefte 18 und 19 bringen die Fortsetzungen des historischen Romans »Kenilworth« von Walter Skott und der realistischen Skizze »Trinette« von Helfermanns, sowie kleinere Beiträge. Preis 10 Pf. für das Heft.

Arbeiter-Jugend. No. 9, 1909. Verlag: Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands.

Das Heft enthält: Die Verfassung des Deutschen Reichs, III. Von Ludwig Frank. — Das Fest des Geistes. Von Ida Altmann. — Das Werden im Weltall (3. Die Spektralanalyse; 4. Die Sonne und die Sterne). Von Felix Linke. — Schiffsjungen gesucht! Von August Freudenthal. — Blüten und Insekten (Schluß). Von Hannah Dorach-Lewin. — Gewerkschaftliche Verschmelzungsbestrebungen. Von Wilh. Jansson. — Großstädtische und kleinstädtische Jugendbewegung. Von L. Radloff. — Vom Kriesschauplatz usw. — Beilage: Der blinde Passagier (Fortsetzung). Von Max Eyth. — Morgenleid. Von C. F. Meyer. — Bücher für die Jugend. — Der erste Tag in der Lehre. Von Th. Thomas. — Lütt Jan. Von Otto Ernst.

Das Reichsregiment auf der Anklagebank. Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. E. David nach dem amtlichen Stenogramm über die Sitzung des Reichstages am 30. März 1909. Mainz 1909, Druck und Verlag der Volkszeitung, G. m. b. H., 32 Seiten 8°, Preis 15 Pf.

Die Reichstagsrede des Genossen David zum Etat des Reichskanzlers gibt einen klaren Überblick über die großen Fragen der inneren Politik, die z. Zt. im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen. Sie eignet sich vortrefflich zur Massenverbreitung für die Agitation und wird daher bei Massenbezug zu niedrigsten Preisen abgegeben.

Stellengesuche

I. Auto-Aetzer

Spezialist, nach amerikanischer Maschinenretusche sucht Stellung. O. Crabbendam, Berlin-Rixdorf, Kaiser-Friedrichstr. 13. [1 20]

Tüchtiger Auto- u. Strich Aetzer

sucht dauernde Stellung im In- oder Auslande. Offerten erbeten an A. Müller, Zürich III, Zurlincentstr. 226

Stellenangebote

Gesucht tüchtiger [3,30] Positivretuscheur

für Maschinen-Retusche, nur erstkl. Kräfte wollen sich melden mit Angabe der Gehaltsansprüche bei Brunotte & Keese, Graphische Kunstanstalt, Düsseldorf.

Einigen wirklich tüchtigen und leistungsfähigen

Maschinen-Retuscheuren

bietet sich angenehme und dauernde Stellung bei Böhme & Co., Magdeburg, G. m. b. H. [2,70]

Jüngere tüchtige Auto-Aetzer,

welche eventl. auch Strich ätzen, sofort gesucht. [2,40] Julius Klinkhardt, Leipzig.

Reproduktions-Photograph

für Auto und Strich in Emulsion und Naß in sofortige Stellung gesucht. Alter und Gehaltsangabe an Emil Möllenberg Nachfl., Hamburg 36. [2,70]

Tüchtige Terrain-Stecher

für Karto-Lithographie werden in dauernde Stellung gesucht. Off. mit Zeugnisabschr. und Gehaltsanspr. an Carl Flemming, A.-O., Glogau.

Verschiedenes

Die besten Spritzapparate

für Retusche mit neuesten Verbesserungen liefert [2,—] Leipziger Tngler-Manier, Alexander Grube, Leipzig, Talstr. 4.

Trostlos

Augenkr. u. Blind. erhalt unentgeltl. Rat. 20 Pf. f. Unkost. erbet. A. Herzog, Gera R., Blücherstr.

„Bronsol“.

Der neue Farbenzusatz zum Bronze-druck gibt feststehende glatte Bronze auch bei schlechten Papieren und ist sehr sparsam im Gebrauch. Kilo Mk. 4,—

„Matt-Lack“.

Bestes, billigstes Farbenzusatzmittel gegen Kleben, Hart- und Blankwerden und Aufreißen der Abdrücke, Rinnen der Farbe, Spitzwerden der Zeichnung. Kein Kleben in der Prägepresse. Preis Kilo Mk. 3,50, bei 10 Kilo Mk. 3,— gegen Nachnahme.

F. Hantke, Maschinenmeister, Hamburg 22, Berthastr. 13, II.

Albert-Park Sommerfeld.

7 Minuten vom Bahnhof. Bei Ausflügen, Partien usw. empf. allen Kollegen und Bekannten obiges von mir jetzt bewirtschaftete Lokal mit schönem, staubfreiem Garten und Kolonnaden. Für gute Küche, gutgepflegte Gehr. Uilrich'sche Biere ist bestens gesorgt. Mit kollegialem Gruß [1 95] Julius Beyer.

Verbandsnachrichten

Unserm Leben und unvergesslichen Kollegen Rudolf Eis rufen wir bei seiner Abreise nach Erfurt ein herzlich Lebwohl und viel Glück nach. Mitgliedschaft in spe Ebersbach. [2,10]

Chiffre-Inserate finden auch unter der Rubrik Stellengesuche im Arbeitsmarkt keine Aufnahme mehr. Die Expedition.